



STACHILIGE GRÜNE
ARGUMENTE

Magazin des Landesverbandes Berlin 3/2016 Ausgabe 197

- » Wahlauswertung 2016
- » Flucht und Integration
- » 15 Jahre Mauerstreifzüge

Inhalt

WAHLAUSWERTUNG

Editorial	3
Analyse Wahlergebnis: Licht und Schatten	6
Charlottenburg-Wilmersdorf: Schwierige Voraussetzungen	8
Friedrichshain-Kreuzberg: Alle Wahlziele erreicht	9
Lichtenberg: Ergebnis verbessert	10
Marzahn-Hellersdorf: Ein zartes grünes Pflänzchen	11
Mitte: Grüne sind stärkste Partei	12
Neukölln: Zählgemeinschaft mit grüner Handschrift	13
Pankow: Weiter auf Erfolgskurs	14
Reinickendorf: Kraftvolle Opposition	15
Spandau: Die Schere wird geschlossen	16
Steglitz-Zehlendorf: Eine geglückte Verteidigung	17
Tempelhof-Schöneberg: Erfolg durch CDU-Verluste	18
Treptow-Köpenick: Tiefschlag nach der Wahl	19
Vielen Dank!	20
Herzlich Willkommen!	21
Grüne Jugend: Stachlig & charmant	22

AKTUELLES

Urwahl: Basis ist Boss!	23
Daueraufgabe Integration	24
Kinderarmut: Ein schweres Erbe	25
Flüchtlinge im Arbeitsmarkt	26
Anerkennung ausländischer Abschlüsse	27
Asbest in Mietwohnungen	28
Grüne Medieninitiative Berlin	29
15 Jahre Mauerstreifzüge	30

AUS DEN LÄGEN

LAG Queer: Queere Rechte sind Menschenrechte	32
AG Agrar- und Ernährungspolitik: Politik für den Magen und die Umwelt	33

RUBRIKEN

Impressum	34
Lokale AnsprechpartnerInnen	34
Inhaltliche AnsprechpartnerInnen	35
Termine	35



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

15,2 Prozent der Wählerinnen und Wähler haben sich bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 18. September für Bündnis 90/Die Grünen entschieden, 16,7 Prozent haben bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen grün gewählt. Hinter diesen nackten Zahlen stecken reale Menschen, die jetzt in den kommenden fünf Jahren grüne Politik in Berlin machen: 27 grüne Abgeordnete im Abgeordnetenhaus, 113 Bezirksverordnete in den zwölf Bezirken, eine grüne Bezirksbürgermeisterin, ein grüner Bezirksbürgermeister, neun StadträtInnen und drei SenatorInnen. Diese Menschen und diese Vielfalt zeigt das Titelbild dieser Ausgabe der Grünen Stachligen Argumente.

Auf den folgenden Seiten beschreiben wir die politische Lage im Land und in den Bezirken nach den Wahlen. Bei Redaktionsschluss Mitte November sind einige Dinge noch im Fluss, aber einiges zeichnet sich auch schon ab. Fest steht auf jeden Fall: Es werden politisch spannende Zeiten in den kommenden fünf Jahren.

Neben dem Wahlergebnis beschäftigen wir uns erneut mit Flucht und Integration – denn dieses Thema wird gerade in den Städten noch lange eine wichtige Rolle spielen. Beim Lesen dieser und weiterer Artikel wünschen wir viel Spaß. Feedback wie immer unter stachlige-argumente@gruene-berlin.de

Die Redaktion

In eigener Sache

Die Redaktion der Stachligen Grünen Argumente arbeitet ehrenamtlich und sucht Verstärkung.

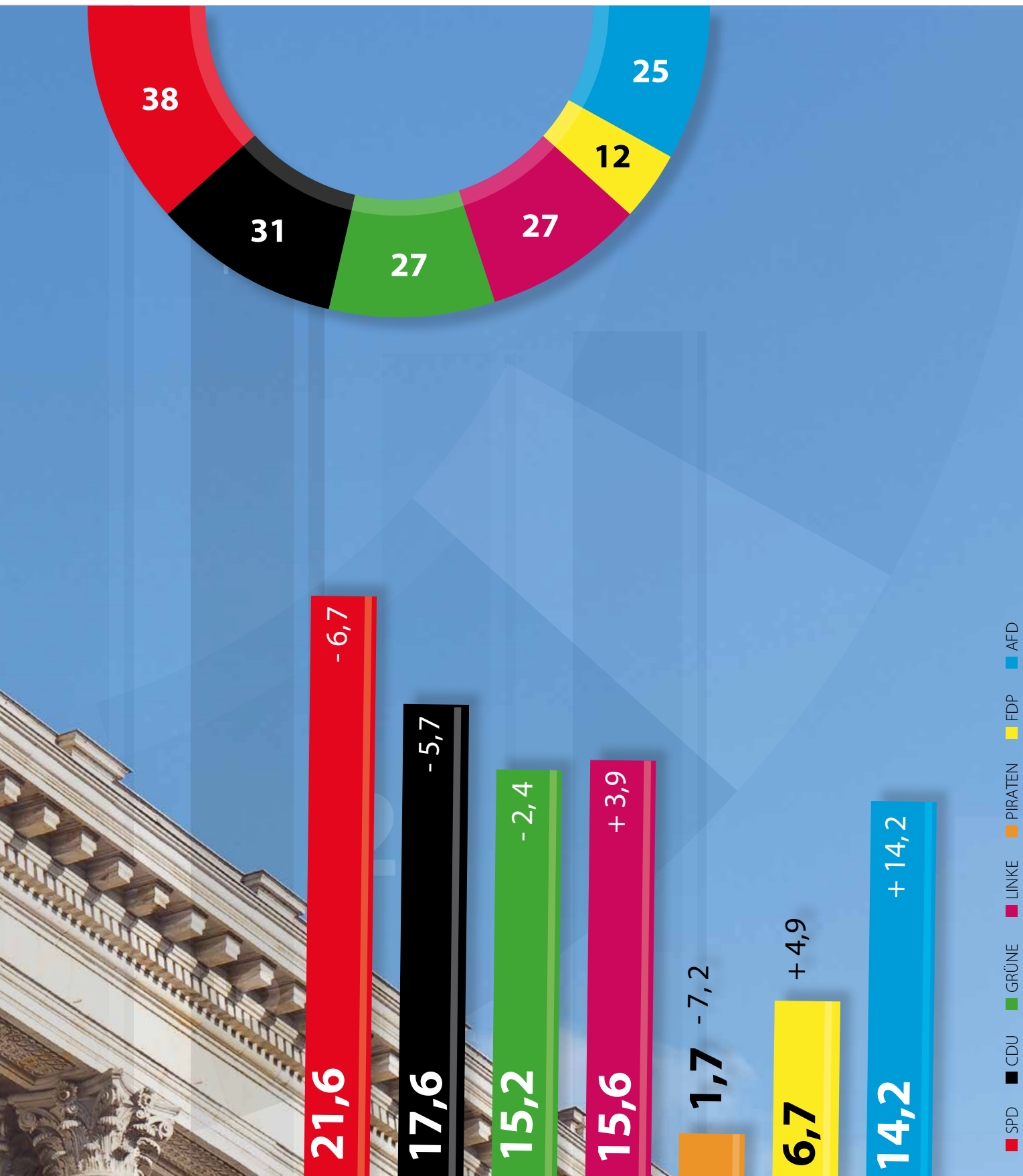
Wer Lust aufs Zeitungsmachen hat, wer erste Erfahrungen mit redaktioneller Arbeit gemacht hat und gerne schreibt, der oder die kann sich gerne melden – zum Kennenlernen, austauschen und zusammenarbeiten:
stachlige-argumente@gruene-berlin.de

Weichen stellen für die Zukunft

Der Ausgang der Berliner
 Wahlen zeigt einmal mehr,
 wie volatil das Wahlverhalten
 geworden ist. Parteien wie
 die Piraten verschwinden
 nahezu vollständig, die
 AfD erzielt aus dem Stand
 zweistellige Ergebnisse. In den
 Resultaten der AfD drückt
 sich auch eine wachsende
 Skepsis gegenüber der
 parlamentarischen Demokratie
 aus. Die RechtspopulistInnen
 stellen nichts Geringeres als
 unsere Demokratie in Frage. Es
 wird eine Aufgabe des neuen
 Senats sein, auf diese Skepsis
 zu reagieren und zu zeigen,
 dass es einen Unterschied
 macht, wer die Stadt regiert.
 Dass Streit und Kompromisse
 in der Sache zur Demokratie
 gehören, aber dass unsere
 Grundwerte universell gelten:

Die Würde des Menschen
 ist unantastbar.

Jedes Menschen. Überall.





Analyse Wahlergebnis

Licht und Schatten

Nach den Koalitionsverhandlungen steht eine gewissenhafte Auswertung der Berlin-Wahl an. Das Grüne Ergebnis birgt Licht und Schatten – und wirft Fragen auf.

Die Berlinerinnen und Berliner haben den Weg für einen politischen Neuanfang in unserer Stadt frei gemacht. Wir Grünen werden am neuen Senat beteiligt sein – zum dritten Mal in unserer 37-jährigen Geschichte, nach den beiden kurzen Intermezzi 1989/90 und 2001/02. Dieses wichtige Wahlziel ist damit erreicht. Trotzdem hatten wir uns am 18. September mehr erhofft. Wir wollten unser historisch bestes Ergebnis von 2011 (17,6 Prozent) halten und nach Möglichkeit ausbauen. Das ist uns leider nicht gelungen.

Gut gekämpft und trotzdem verloren

Wir haben in diesem Wahlkampf vieles anders und besser gemacht als

in früheren. Wir haben früh begonnen, eine Strategie auf der Grundlage von Empirie und Potentialanalysen zu entwickeln und haben diese Linie durchgehalten. Wir haben geschlossen gekämpft und uns nicht auseinander dividieren lassen. Trotzdem haben es am Ende andere Parteien, insbesondere die Linkspartei, geschafft, uns Stimmen abzunehmen. Auch die SPD hat einen Wahlkampf um rot-grüne WechselwählerInnen geführt und versucht, in unseren Milieus zu wildern. Das hat uns geschadet und der SPD nichts genutzt. Und alle Parteien haben – wieder einmal – die AfD unterschätzt, die ohne erstzunehmendes Programm oder Personal erfolgreich auf die Angst und Unzufriedenheit der Menschen gesetzt hat.

Die Fragen, die wir uns stellen müssen, liegen auf der Hand. Warum konnten wir keine WechselwählerInnen dazu gewinnen, obwohl wir es bei dieser Wahl mit der unbeliebtesten Landesregierung der Bundesrepublik tun hatten? Warum haben wir 20.000 WählerInnen an die Linkspartei verloren, vor allem in grünen Hochburgen? Warum haben wir in den Außenbezirken so schwach abgeschnitten und was heißt das für unsere künftige Aufstellung in der Stadt? Warum hat unsere Anti-AfD-Strategie offenbar so gar nicht funktioniert? Zwar sind keine Grünen-WählerInnen zu den RechtspopulistInnen abgewandert, aber es ist uns nicht gelungen, NichtwählerInnen mit einem klaren Kurs gegen Rechts zu mobilisieren. Wo la-

gen die Schwachstellen der Kampagne, inklusive Plakate und Materialien, etwa hinsichtlich einzelner Zielgruppen oder städtischer Milieus? Was lässt sich im Wahlkampf auf Landesebene, aber auch in den einzelnen Bezirken (noch) besser machen, wenn es um operative Dinge und die interne Kommunikation geht?

Der Blick in die Bezirke

Es lohnt sich der genaue Blick in die Zahlen und die Bezirke. Bei den Zweitstimmen haben wir bei einer deutlich gestiegenen Wahlbeteiligung mit 248.324 Stimmen (15,2 Prozent) 8739 weniger eingefahren als 2011. Dabei fallen gravierende Unterschiede zwischen einzelnen Bezirken ins Auge. In Pankow (+2.800) und vier weiteren Bezirken haben wir mehr Stimmen als vor fünf Jahren erhalten, in Steglitz-Zehlendorf (-4.500) und sechs anderen Bezirken weniger. Prozentual konnten wir bei den Zweitstimmen lediglich

in Lichtenberg hinzugewinnen, wenn auch nur um 0,1 Prozent.

Erfreulich ist, dass wir in Berlin künftig nicht nur in Friedrichshain-Kreuzberg, sondern auch in Mitte die bzw. den BezirksbürgermeisterIn stellen. In Tempelhof-Schöneberg entsenden Grüne eineN weitereN StadträtIn ins Bezirksamt. In Lichtenberg und Neukölln konnten wir bei der Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) nicht nur absolut, sondern sogar prozentual zulegen. Bei den absoluten Zahlen ist das ansonsten nur noch in Pankow, Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg gelungen. Schmerzhaft sind die Ergebnisse in einigen Außenbezirken. In der BVV Marzahn-Hellersdorf sind wir nur noch mit zwei grünen Verordneten im Gruppen-Status vertreten. Das heißt: Wenn wir eine Partei für die ganze Stadt sein wollen, dürfen wir das große Gefälle grüner Wahlergebnisse innerhalb Berlins, aber auch innerhalb einiger Bezirke, nicht hinnehmen, sondern müssen daran

arbeiten. Eine ausführliche Darstellung der politischen Lage in den Bezirken folgt auf den nächsten Seiten.

Auswertung geht weiter

Der Landesverband wird sich genügend Zeit für eine Auswertung von Wahlkampf und Wahlergebnissen nehmen. Das brauchen wir nicht nur in der Rückschau, sondern auch mit Blick auf den 2017 anstehenden Bundestagswahlkampf. Und uns muss klar sein: Um in Berlin gut zu regieren und bei der nächsten Abgeordnetenhauswahl erfolgreich sein zu können, müssen wir die richtigen Lehren aus dem Wahlkampf und unserem Ergebnis ziehen. Bei aller Analyse ist uns wichtig: Im Namen des gesamten Landesvorstands und des Spitzenteams bedanken wir uns bei Euch und den vielen grünen Aktiven, die in den letzten Monaten unermüdlich für ein gutes Wahlergebnis gearbeitet haben.

BETTINA JARASCH UND DANIEL WESENER,
LANDESVORSITZENDE

Koalitionsvertrag: Berlin gemeinsam gestalten.

Der Koalitionsvertrag enthält zentrale Weichenstellungen für einen politischen Neuanfang in Berlin. Die Koalition wird in die Modernisierung von Berlins Infrastruktur und Verwaltung investieren – und damit in die Zukunft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt unserer Stadt. Mit den drei Senatsressorts Umwelt/Verkehr/Klimaschutz, Wirtschaft/Energie/Betriebe und Justiz/Verbraucherschutz/Antidiskriminierung haben wir für diese Mammutaufgaben die entscheidenden Hebel und Ressourcen in grüner Hand.

Wir investieren in eine bessere Infrastruktur für RadfahrerInnen sowie einen attraktiven, preisgünstigen und besser getakteten ÖPNV. Der Volksentscheid Fahrrad wird umgesetzt und das Straßenbahnnetz dichter. Wir sorgen mit einem Mobilitätsgesetz für mehr Verkehrssicherheit und eine gerechtere Aufteilung des öffentlichen Raums. Wir setzen unsere Ideen für eine gesunde Stadtnatur und den urbanen Klimaschutz um, etwa mit unserem „1000-Grüne-Dächer-Programm“.

Wir machen das bisherige „Bonsai-Stadtwerk“ zu einem starken Klimastadtwerk und statten es mit genug Eigenkapital aus, um den Umstieg auf Erneuerbare und die energetische Modernisierung anzugehen. Angesiedelt ist es bei unserem Ressort Wirtschaft/Energie/Betriebe – genau wie

die BVG, die Wasserbetriebe und die BSR. Die ökologische Modernisierung dieser Unternehmen kommt den BerlinerInnen im Alltag zugute – spürbar und sichtbar, Tag für Tag.

Wir reformieren die Verwaltung, damit es auch auf den BürgerInnenämtern wieder läuft. Wir treiben nicht nur die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, sondern auch der Wirtschaft voran, zum Beispiel mit unserer Digitalwende-Agentur. So fördern wir Berlins GründerInnen, mittelständische Betriebe und die lebendige Start-Up-Szene.

Wir treten ein für das weltoffene und vielfältige Berlin – gerade in einer Zeit, in der RechtspopulistInnen das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen. Dafür braucht es die richtige Balance zwischen BürgerInnenrechten und öffentlicher Sicherheit. Wir werden Diskriminierung bekämpfen, die direkte Demokratie stärken und für mehr Partizipation und Transparenz sorgen – zum Beispiel mit einem neuen Antidiskriminierungsgesetz und einem Stadtvertrag Beteiligung.

Wir wissen: Viele dieser Vorhaben werden keine einfachen sein. Nicht alles kann gleichzeitig oder von heute auf morgen passieren. Aber jetzt kann die Arbeit beginnen.

Der Koalitionsvertrag im Wortlaut: [gruenlink.de/1arq](https://www.gruenlink.de/1arq)

Charlottenburg-Wilmersdorf

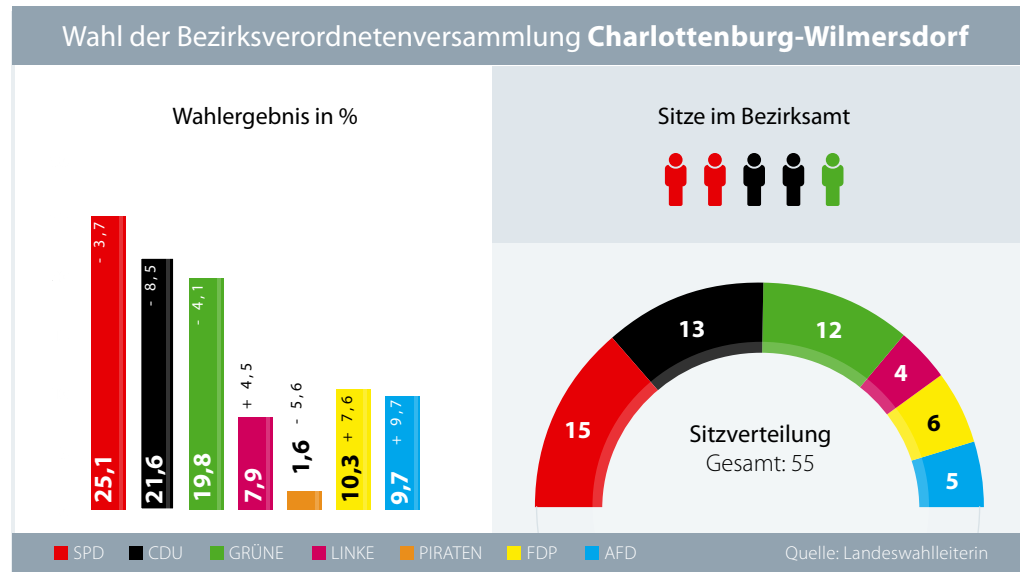
Schwierige Voraussetzungen

Bündnis 90/Die Grünen in Charlottenburg-Wilmersdorf hatten eine schwierige Zeit hinter sich: Wegen der Bebauung eines großen Kleingartenareals ging ein Riss durch den Kreisverband und die Jugend- und Schulstadträtin fiel krankheitsbedingt für viele Monate aus. Rechtzeitig zum Wahlkampf fand der Kreisverband zurück zu Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit. Der Wahlkampf wurde selbstbewusst und munter geführt – bei der BVV-Wahl konnten 19,8 Prozent erreicht werden. Das ist zwar deutlich weniger als vor fünf Jahren, bei den gegebenen Voraussetzungen aber nicht das schlechteste Ergebnis.

Im grünen Wahlkampf ging es vor allem darum, wie Bezirkspolitik und Verwaltung endlich wieder handlungsfähig werden können – von funktionierenden BürgerInnenämtern bis zur Grünpflege. Auch das landesweite Thema bezahlbares Wohnen, insbesondere durch Milieuschutz, spielte im Bezirk eine wichtige Rolle. Das wird jetzt endlich nach fünf Jahren des Ringens gegen SPD- und CDU-Widerstände auf den Weg gebracht.

Weiterer Schwerpunkt war die Erhaltung und Schaffung von Grün und Freiflächen, mit dem konkreten Projekt: Das Westkreuz soll zum Westkreuzpark werden. Das Bahnareal soll zur Grünanlage mit integrierten Kleingärten werden. Da es auch hier wieder Bebauungs- und Verwertungsambitionen gibt, wird es noch einige Kämpfe brauchen, bis wir dieses Ziel erreichen.

Außer schwarz-rot ist nach den Wahlen kein Zweierbünd-



nis in der BVV mehrheitsfähig. Den Grünen boten sich zwei sehr unterschiedliche Richtungen: zum einen Rot-Grün mit Tolerierung durch die Linken. Zum anderen versprach uns die um acht Prozentpunkte abgesunkene CDU an, einen grünen BezirksbürgermeisterIn zu unterstützen – wozu dann auch die FDP notwendig gewesen wäre. Über die darauf folgenden Sondierungen berichtet die Kreisvorsitzende Franziska Eichstädt-Bohlig: „Diese Sondierungen haben die Konkurrenz belebt und bewirkt, dass für die kommende Wahlperiode deutlich mutigere Ziele verhandelt wurden als bis dato vorstellbar.“ Entschieden hat sich der Kreisverband für die Fortsetzung der rot-grünen Zählgemeinschaft mit Tolerierung durch die Linke.

Es wurde eine recht anspruchsvolle Zählgemeinschaftsvereinbarung durchgesetzt.

Die SPD wird weiterhin den Bürgermeister mit Reinhard Naumann stellen, Oliver Schruoffeneger ist grüner Stadtrat für Stadtentwicklung und Bauen. Als Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der BVV wurden Petra Vandrey und Christoph Wapler gewählt, Susan Drews als Stellvertreterin. Damit setzt die Fraktion auf die bewährte Doppelspitze aus der vorherigen Wahlperiode.

Bereits im Wahlkampf wurde im Bezirk ein Parteienbündnis gegen die AfD geschmiedet und ein gemeinsamer BürgerInnenbrief aller demokratischen Parteien verteilt. Die AfD ist dennoch mit knapp zehn Prozent in die BVV eingezogen. Die Absprachen zwischen den demokratischen Parteien, auf Distanz zur AfD zu gehen, ohne sie permanent zum Märtyrer zu machen, müssen nun ihren Praxistest bestehen.

MATTHIAS TANG

Friedrichshain-Kreuzberg

Alle Wahlziele erreicht

Friedrichshain-Kreuzberg – kurz Frieke oder Xhain genannt – ist schon seit langem die grüne Hochburg Berlins mit grüner Bürgermeisterin und einer grünen Mehrheit im Bezirksamt. Dies zu halten waren dann auch zwei der vier Wahlziele des bündnisgrünen Kreisverbands im Wahlkampf. Das dritte Ziel auf Bezirksebene war, weiterhin die stärkste Fraktion in der BVV zu stellen, hinzu kam das Ziel für die Landesebene, vier von fünf möglichen Direktmandaten zu gewinnen. Und am Wahlabend konnte kräftig gefeiert werden, denn alle vier Wahlziele wurden erreicht, die Grünen sind weiterhin die mit Abstand führende Kraft in der Bezirkspolitik und können zum dritten Mal in Folge drei von fünf StadträtInnen stellen. Während der Verlust an Zweitstimmen für das Abgeordnetenhaus im Vergleich zu 2011 nur 1,9 Prozent betrug, musste zwar auf Bezirksebene ein Verlust von 2,7 Prozent weniger

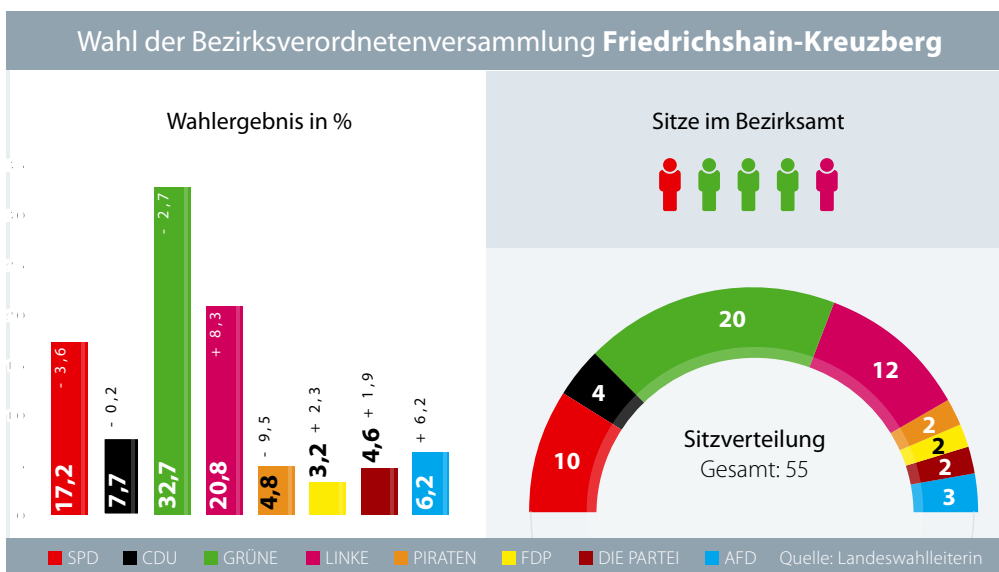
auf nun 32,7 Prozent verzeichnet werden, doch absolut konnten die Grünen im Bezirk im Vergleich zu den letzten Wahlen hier 1662 Stimmen hinzu gewinnen.

Der Kreisverband setzte dafür wie gewohnt auf einen explizit eigenständigen Kommunalwahlkampf, der stark auf die Bezirksidentität abzielte und Friedrichshain-Kreuzberg als Bollwerk gegen den sich ausbreitenden Rechtspopulismus zeigte, unter anderem mit einer eigenen Plakatreihe unter dem Motto "Herzlich Willkommen im gallischen Dorf!" Auch andere für den Bezirk besonders wichtige Themen wurden deutlich hervorgehoben, insbesondere im Bereich Stadtentwicklung die drängende Frage von steigenden Mieten, Verdichtung und Verdrängung der alteingesessenen Bevölkerung oder auch bezirksspezifische Themen wie die Forderung nach Einrichtung von

Coffee-Shops oder ein Verbot von sexistischer Werbung. Außerdem stand natürlich Bürgermeisterin Monika Herrmann als Spitzenkandidatin ebenfalls im Mittelpunkt des Bezirkswahlkampfes.

Die Verhandlungen zur Bildung einer Zählgemeinschaft gestalten sich jedoch schwieriger und langwieriger als erhofft und so wird die Bildung des Bezirksamtes und die Wahl der Bürgermeisterin erst im Dezember erfolgen. Die Grünen haben als stärkste Fraktion in der BVV das Vorschlagsrecht für den BürgermeisterInnenposten und werden die Amtsinhaberin Monika Herrmann dafür aufstellen. Doch zunächst muss Ende November der BVV-Vorstand gewählt werden, damit die Verhandlungen zur Zählgemeinschaft fortgesetzt werden können. Die Bezirksgruppe hat der Verhandlungsgruppe den Auftrag erteilt, möglichst die bisherigen Themengebiete im Bezirksamt für die grünen StadträtInnen zu halten. Dazu gehören z.B. Stadtentwicklung, Jugend, Finanzen, Verkehr und Umwelt.

Und noch ein weiteres wichtiges Ziel wurde erreicht: Die AfD ist mit drei Mandaten zwar in Fraktionsstärke auch hier in der BVV vertreten, konnte jedoch nur 6,2 Prozent und damit ihr berlinweit schlechtestes Ergebnis erzielen. Es besteht Einigkeit zwischen allen anderen Parteien, ihr in der BVV möglichst wenig Bühne für ihre menschenverachtenden Parolen zu bieten. Friedrichshain-Kreuzberg kann sich demnach durchaus als Bollwerk gegen Rechtspopulismus bezeichnen.



Lichtenberg

Ergebnis verbessert

Das Wahlergebnis in Lichtenberg hat Licht und Schatten. Zwar konnten Bündnis 90/Die Grünen ihr Ergebnis verbessern. Bedeutet: Die grüne Fraktion im Lichtenberger Rathaus hat ein Mandat mehr als früher, fünf statt vier Bezirksverordnete vertreten jetzt grüne Politik im Bezirk. Die AfD hat mit zwölf Mandaten in der BVV jedoch leider deutlich mehr Bezirksverordnete als die CDU mit sieben.

Die bisherige Bürgermeisterin, Birgit Monteiro von der SPD, wird nicht im Amt bleiben. Sie wurde in der vergangenen Wahlperiode von einer Zählgemeinschaft aus CDU, SPD und Grünen gewählt. Für eine Wiederwahl reichen die Stimmen dieser drei Parteien nach den Wahlen vom 18. September jedoch nicht aus. Die Linkspartei hatte Evrim Sommer als Bürgermeisterin nominiert, doch Sommer hat nach zwei verlorenen Wahlgängen ihre Bewerbung zurückgezogen. Zuvor gab

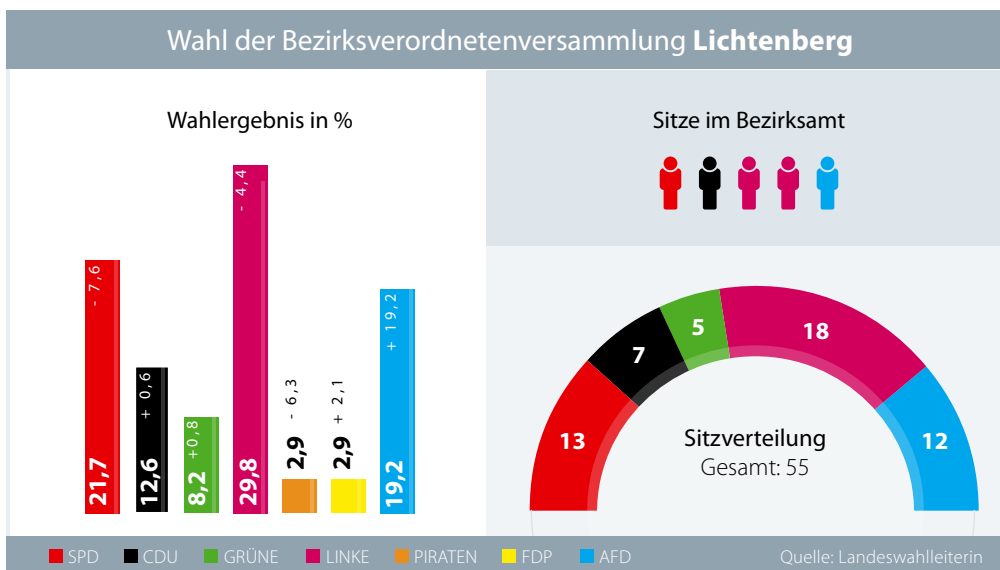
es Medienberichte über unklare Formulierungen in ihrem Lebenslauf. Hintergrund sind aber offenbar auch Konflikte innerhalb der Linkspartei in Lichtenberg.

Die AfD hat das Recht, einen Stadtrat zu nominieren, und wird Wolfgang Hebold als Stadtrat aufstellen. Hebold ist in Berlin kein Unbekannter: Wegen fragwürdiger Unterrichtsmethoden haben mehrere Berliner Hochschulen dem Mathematiker seine Lehraufträge entzogen. Er hatte den Studierenden diffamierende und rassistische Aufgaben gestellt. Wie geht das als Mathematiker? Zum Beispiel so: Die Studierenden sollten die Korrelation zwischen dem Anteil der Muslime und der Zahl der genitalverstümmelten Frauen ermitteln. Camilla Schuler, die gemeinsam mit Sebastian Füllgraf an die grüne Fraktionsspitze gewählt wurde, sagt, „hetzende Menschen wie Hebold haben im Rathaus Lichtenberg nicht das

Geringste zu suchen“ und Sebastian Füllgraf stellt für Bündnis 90/Die Grünen unmissverständlich klar: „Für uns ist Hebold als Bezirksstadtrat untragbar, aus diesem Grund wird er von uns keine Stimme erhalten“.

Hebold ist nicht der einzige AfDler aus Lichtenberg, der durch Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auffällt. Auch Kay Uwe Nerstheimer, auf der AfD-Liste ins Abgeordnetenhaus gewählt, stammt aus diesem Bezirk. Nicht nur, dass er Mitglied der rechtsextremen „German Defence League“ war, Nerstheimer schrieb auch noch zu Beginn des Jahres auf Facebook Sätze wie diesen: „Sind die Polithuren der BRD Treuhandgesellschaft mit Sitz in Frankfurt am Main völlig Gaga??“ Das alles ging sogar der AfD zu weit, die jetzt seinen Parteiausschluss betreibt. Der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wollte er von vornherein gar nicht mehr angehören.

Im Wahlkampf ging es vor allem um die Themen Mieten und Wohnungsbau, Bildung und Schulen sowie um die Diskussion um den Weiterbau der A100. Eine wesentliche Rolle spielte und spielt das Entwicklungskonzept Rummelsburger Bucht, das auf grüne Initiative hin von der BVV kurz vor den Wahlen beschlossen worden war. Dies werden auch die Themen für die Zukunft sein. Lichtenberg ist einer der am stärksten wachsenden Bezirke in Berlin. Neben Stadtentwicklung, Schule und Umwelt „wird sicher auch die Integration von Flüchtlingen eine Herausforderung für den Bezirk sein“, sieht Camilla Schuler voraus.

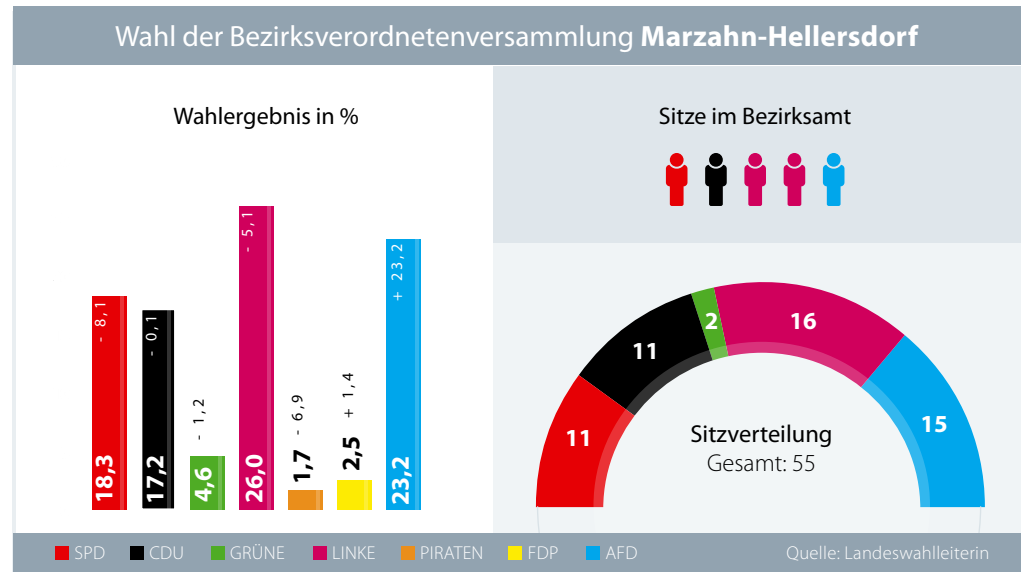


Marzahn-Hellersdorf

Ein zartes grünes Pflänzchen

Marzahn-Hellersdorf war noch nie ein leichtes Pflaster für uns Bündnisgrüne, doch bei dieser Wahl hat es den Kreisverband und vor allem die BVV-Fraktion spürbar getroffen: Nach einem Stimmenverlust von 1,2 Prozent auf nunmehr 4,6 Prozent Bezirksstimmen stellen sie statt wie bisher drei nun nur noch zwei Bezirksverordnete und haben somit ihre Fraktionsstärke und damit verschiedene Rechte in der BVV verloren. Die beiden verbliebenen Verordneten bilden jetzt statt einer Fraktion nur noch eine Gruppe und können z.B. auch nur noch ein Drittel der Anfragen an das Bezirksamt stellen wie die Fraktionen der anderen Parteien. Mit dem Verlust des Fraktionsstatus geht auch eine deutliche Verringerung der finanziellen Mittel für die bezirkspolitische Arbeit in der BVV einher und auch auf die Unterstützung einer eigenen Fraktionsmitarbeiterin müssen die Verordneten in Zukunft verzichten. Auch der Kreisverband wird mit deutlich weniger Spenden seiner Verordneten auskommen müssen. Nochmals erschwerte Bedingungen für Bündnisgrüne Politik im Bezirk.

Aber es gibt auch gute Nachrichten aus dem Nordosten: Die Linke hat zwar zur Wahl ihrer Bürgermeisterin eine Zählgemeinschaftsvereinbarung mit SPD und CDU abgeschlossen, doch auch mit den Bündnisgrünen gibt es eine schriftliche Vereinbarung zur kommunalpolitischen Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen BürgerInnenbeteiligung und Demokratie, Vielfalt und Toleranz, Soziales, Integration, Umwelt- und Klimaschutz sowie Verkehr. So sollen z.B. bündnisgrüne Initiativen wie das Klima-



schutzkonzept, der Fahr-Rat und der Bezirksplan gegen Trans- und Homophobie fortgeführt werden. Auch das Vorschlagsrecht für zwei BürgerInnendeputierte zur Unterstützung ihrer Ausschussarbeit wurde unserer Fraktion darin zugesichert.

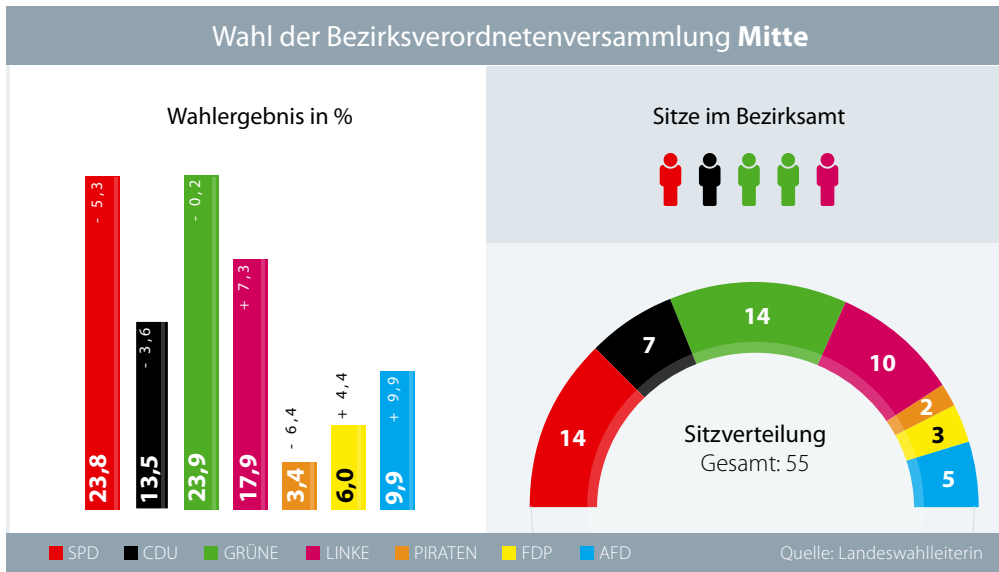
Der Kreisverband will sich auch weiterhin aktiv im "Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf" dafür einsetzen, dass rassistischen Parolen der Boden im Bezirk entzogen wird. Dies ist den Mitgliedern gerade vor dem Hintergrund des AfD-Ergebnisses besonders wichtig: Die rechtspopulistische Partei hatte hier mit 23,2 Prozent ihr stadtweit bestes Ergebnis, stellt die zweitstärkste BVV-Fraktion und hat Anspruch auf einen der fünf Stadtratposten. Die sonst oft propagierte Ausgrenzungsstrategie wird daher vor diesem Hintergrund kaum möglich sein. Die BezirkspolitikerInnen und auch die Bündnis-

grünen werden bei Einzelthemen den Dialog versuchen müssen.

Doch Bündnis 90/Die Grünen Marzahn-Hellersdorf wollen sich von der erschwerten politischen Lage vor Ort nicht entmutigen lassen, sondern jetzt erst recht für mehr Grün im Bezirk kämpfen. So werden z.B. gerade neue Räume für die Geschäftsstelle gesucht und auch erste Gespräche mit dem Landesvorstand über eine verstärkte Unterstützung für den kleinsten grünen Kreisverband – auch finanziell – sind sehr positiv verlaufen. Und einen anderen Lichtblick für den Kreisverband gibt es außerdem: Marzahn-Hellersdorf hat mit Stefan Ziller in der kommenden Legislaturperiode wieder einen bündnisgrünen Vertreter im Abgeordnetenhaus, der tatkräftig dafür eintreten will, auch die Außenbezirke mit den weniger guten grünen Ergebnissen nicht aus dem Blick zu verlieren.

Mitte

Grüne sind stärkste Partei



In Mitte war der Wahlabend besonders spannend: Wahlziel des Kreisverbandes war es, stärkste Kraft im Bezirk zu werden – und dieses Ziel wurde erreicht, wenn auch äußerst knapp. Nach der Wahl wurde mit allen Parteien außer der AfD sondiert und anschließend eine Zählgemeinschaft mit der SPD gebildet, die wie Bündnis 90/Die Grünen mit 14 Bezirksverordneten in der BVV vertreten ist, aber von weniger Menschen in Mitte gewählt wurde. Folge: Stephan von Dassel wurde am 27. Oktober 2016 zum ersten grünen Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte gewählt. Er ist für die Bereiche Personal und Finanzen, das Ordnungsamt, die Wirtschaftsförderung und den Integrationsbeauftragten zuständig und löst Christian Hanke von der SPD ab.

Einen Tag zuvor hatten Grüne und SPD die grün-rote Zählgemeinschaftvereinbarung

unterschrieben. Der neue Bezirksbürgermeister von Dassel sagte: „Wir legen heute den Grundstein für eine erfolgreiche grün-rote Zusammenarbeit in Mitte. Bezahlbarer Wohnraum, die Integration von Geflüchteten und ein besseres Verkehrskonzept für Mitte sind unserer Schwerpunkte.“ Von Dassel ist nach Monika Herrmann in Friedrichshain-Kreuzberg der zweite grüne Bezirksbürgermeister in Berlin. Zusätzlich haben die Grünen in Mitte Anspruch auf einen zweiten Stadtratsposten. Diesen wird wie bisher Sabine Weißler einnehmen, mit der Zuständigkeit für die Bereiche Weiterbildung und Kultur, Umwelt und Natur sowie das Straßen- und Grünflächenamt.

Zwei Knackpunkte beim Verhandeln lagen bei der Ressortverteilung der jeweiligen StadträtInnen sowie bei der/dem BVV-VorsteherIn. Diesen Posten teilen sich die Grünen nun mit

der SPD: In der ersten Hälfte der Legislaturperiode wird die SPD ihn stellen, in der zweiten Hälfte Bündnis 90/Die Grünen. Im Wahlkampf lag der Schwerpunkt auf folgendem Dreiklang: Erstens ein lebenswerter Bezirk, der Vorreiter in Klima- und Umweltschutz wird, der Mobilität für alle ermöglicht und lebendige Kieze sowie Nachbarschaften erhält. Zweitens ein Bezirk der Möglichkeiten: mit Chancen durch gute Bildung, mit einem starken Kulturstandort, einer gelingenden Integration der vielen Neuberlinerinnen und -berliner und Angeboten für Jung und Alt. Und drittens ein Bezirk, in dem die Verwaltung für die Menschen da ist und wo in die Zukunft investiert wird, in dem der wirtschaftlichen Dynamik und dem Gründerboom der notwendige Stellenwert zukommt und in dem auch Menschen in Armut Perspektiven eröffnet werden.

Für die politische Arbeit im Bezirk hält die Fraktionsvorsitzende Franziska Briest fest: „Wir werden einen besonderen Schwerpunkt auf eine funktionierende Verwaltung, die Integration und Unterbringung von Geflüchteten und auf Investitionen in die soziale und kulturelle Infrastruktur unseres Bezirks legen.“ Franziska ist gemeinsam mit Jenny Neubert gleichberechtigte Sprecherin der Fraktion, Johannes Schneider ist der stellvertretende Sprecher. Zum Glück gibt es in Berlin-Mitte keine AfD-Stadträtin oder AfD-Stadtrat. „Die AfD wird die ihr in der BVV zustehenden demokratischen Rechte wahrnehmen können. An einer weiteren Zusammenarbeit haben wir kein Interesse“, sagt Franziska Briest.

Neukölln

Neue Zählgemeinschaft mit deutlich grüner Handschrift

Neukölln ist einer der zwei bündnisgrünen Kreisverbände, die auf Bezirksebene auch prozentual Stimmen hinzugewinnen konnten – 1,4 Prozent auf nun 14,9 Prozent, die Fraktion vergrößerte sich von acht auf neun Mitglieder und auch ein Stadtratsposten steht den Grünen hier weiterhin zu.

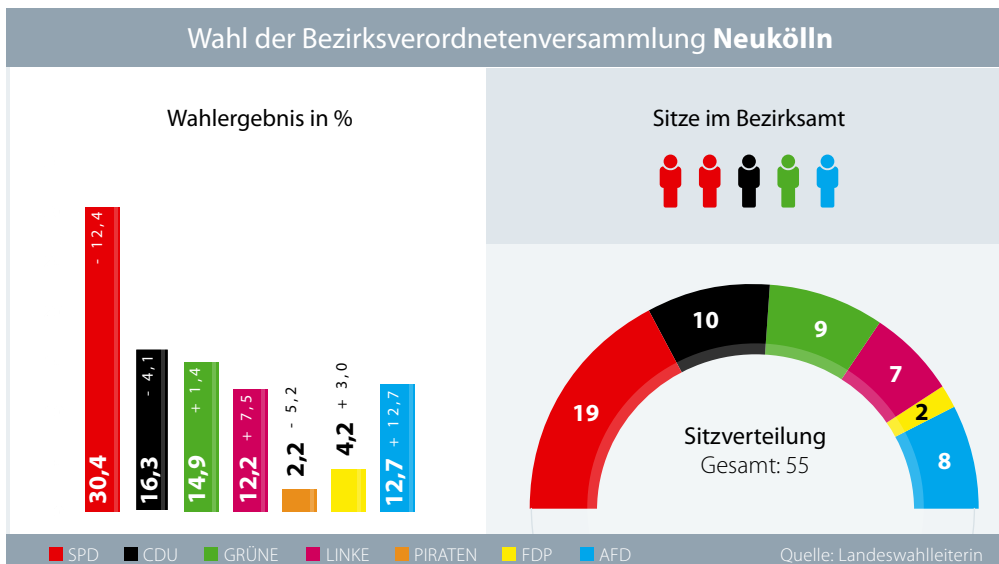
Nach mehreren Sondierungsgesprächen entschied sich der Kreisverband der SPD – bisher in einer Zählgemeinschaft mit der CDU – für Verhandlungen über eine Zählgemeinschaft mit uns, an deren Abschluss eine Vereinbarung unter dem Motto "Sozial. Weltoffen. Innovativ." mit 150 Punkten stand. Darin konnten auch viele zentrale grüne Ziele verankert werden, wie z.B. mehr Transparenz, BürgerInnenbeteiligung und interkulturelle Öffnung der Verwaltung, ein neues Integrationskonzept, Förderung von Gemeinschaftsschulen und

inkluisiven Bildungskonzepten, Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit, ein bezirkliches Klimaschutzkonzept, Kampf gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Ausbau der sozialen Angebote, Kampf gegen Mietsteigerungen durch alle auf Bezirksebene möglichen Instrumente sowie Stärkung von Radverkehr und ÖPNV.

Gerade die letzten beiden Punkte waren auch zentrale Themen im Bezirkswahlkampf des grünen Kreisverbands, der auch eine eigene Plakatreihe und Videoreihe beinhaltete, in denen es um verschiedenste konkrete Alltagsprobleme und -ärgernisse im Bezirk ging – eine Kampagne, die vor Ort sehr gut ankam. Wie so oft stehen viele der geplanten Projekte unter Finanzierungsvorbehalt, dennoch ist diese Vereinbarung eine sehr gute Voraussetzung für eine deutliche grüne Handschrift in der Neuköllner Bezirkspolitik

der nächsten fünf Jahre. Neuer grüner Stadtrat ist der langjährige Vorsitzende des Neuköllner Stadtentwicklungsausschusses Jochen Biedermann, der neben dem bisher bereits grün verantworteten Ressort Soziales nun auch für die Bereiche Stadtentwicklung und BürgerInnendienste zuständig ist.

Ebenfalls vereinbart wurde das Ziel, mit den anderen Parteien einen einheitlichen Umgang mit der AfD zu finden, die mit einem Wahlergebnis knapp vor der Linken auch in Neukölln Anspruch auf einen Stadtratsposten hat und die Zuständigkeit für das Amt für Umwelt und Naturschutz erhalten soll. Der Kandidat dafür ist benannt, aber eher unbekannt: ein Privatlehrer mit Hang zu obskuren esoterischen Welterklärungstheorien. Die Wahl wird frühestens im Dezember stattfinden, Ergebnis ungewiss: Grüne und linke Stimmen wird er sicher nicht bekommen und die erste AfD-Verordnete hat bereits ihren Austritt aus der Fraktion erklärt. Eine obskure Allianz ergab sich kurz nach der konstituierenden BVV-Sitzung und führte zur Verschiebung der Wahl sowie der Konstituierung aller Ausschüsse: Die Linke erhob Einspruch gegen die Berechnung der Ausschusssitze, da sie sich dabei benachteiligt sah – und wurde darin von der AfD unterstützt. Das Verwaltungsgericht lehnte zwar einen einstweiligen Rechtsschutz ab und die Verordneten können nun wie geplant ihre Arbeit aufnehmen und sich an die Umsetzung der Einzelpunkte der Zählgemeinschaftsvereinbarung machen, eine Entscheidung in der Hauptsache steht jedoch noch aus.



Pankow

Weiter auf Erfolgskurs

In Pankow sind Bündnis 90/Die Grünen immer noch zweitstärkste Kraft – einen halben Prozentpunkt hinter der Linkspartei. Deutlich mehr Menschen als vor fünf Jahren haben in Pankow grün gewählt, was sich jedoch wegen der gestiegenen Wahlbeteiligung nicht beim Ergebnis in Prozent auszahlt. Zwölf Bezirksverordnete vertreten Bündnis 90/Die Grünen in der BVV. Insgesamt sind fünf Parteien in Fraktionsstärke ins Bezirksparlament gewählt worden plus die FDP, die mit zwei Bezirksverordneten den Fraktionsstatus verfehlt hat.

Die kommunalen Schwerpunkte im Wahlkampf ähneln denen auf Landesebene: Stadtentwicklung, Mieten und Wohnungsneubau, Verkehrspolitik – nicht zuletzt die Fahrradinfrastruktur. In Pankow wächst die Bevölkerungszahl stetig, was sich auf den Bedarf an Infrastruktur auswirkt. So muss sich die Versorgung mit Schulen dem Bevölkerungswachstum anpassen, ähnlich wie auch die Kultureinrichtungen und natürlich die BürgerInnenämter, die ja berlinweit ein Dauerthema sind.

Die grüne Fraktion in der Pankower Bezirksverordnetenversammlung hat am 26. September Daniela Billig und Dennis Probst als Fraktionsvorsitzende gewählt. Linke, Bündnisgrüne, SPD haben sich auf eine Zählgemeinschaft geeinigt. Die Vereinbarung wurde bislang von Linken und Bündnisgrünen unterzeichnet. Knackpunkt in den Verhandlungen war vor allem der Wohnungsneubau. Außerdem sind BürgerInnenbeteiligung, Verkehr, Infrastruktur, Finanzen und Demokratie wichtige Themen. Daniela Billig: „Wir sind zuversichtlich, dass wir mit einer rot-grün-roten Zählgemeinschaft

Pankow fit machen für Gegenwart und Zukunft“. Mit Sören Benn von der Linkspartei hat Pankow einen neuen Bürgermeister. Er löst Matthias Köhne von der SPD ab. Die SozialdemokratInnen sind nach starken Verlusten nur noch drittstärkste Kraft im Bezirk.

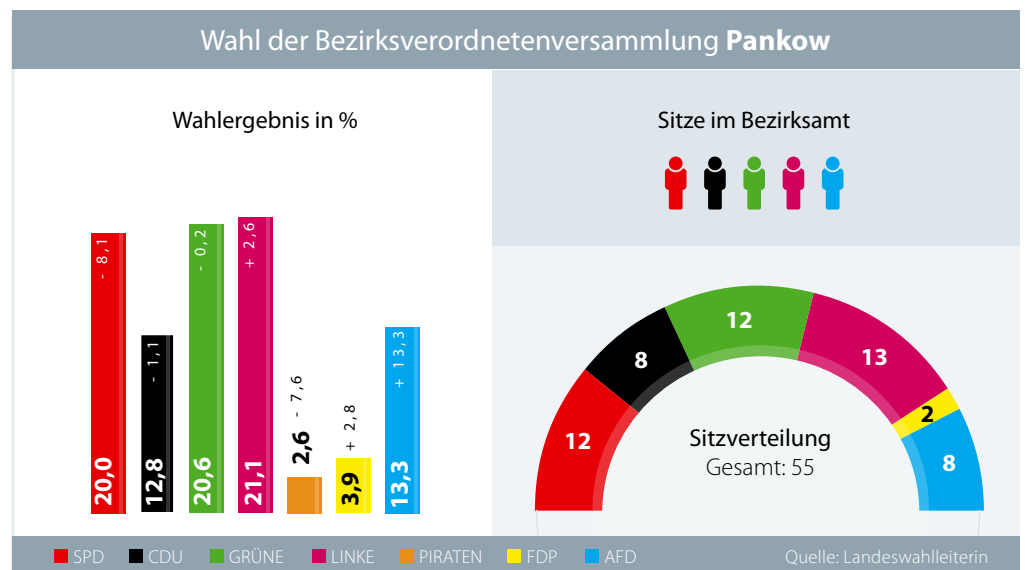
Jens-Holger Kirchner wurde auf Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen von der BVV als Stadtrat für Stadtentwicklung und BürgerInnendienste gewählt wurde. Das Straßen- und Grünflächenamt gehört auch zu seinem Bereich und außerdem ist Kirchner zum stellvertretenden Bezirksbürgermeister gewählt worden.

Angriff auf die Pressefreiheit

Auch die AfD hat das Recht, einen Stadtrat zu stellen. Der AfD-Kandidat Nicolas Seifert ist jedoch im ersten Anlauf durchgefallen. Denn trotz Einladung in die Fraktionssitzung gab es keine Gelegenheit für die Bezirksverordneten, den Kandidaten vorher

kennenzulernen. Eine Prüfung der Personalie sowie deren politische Inhalte waren in der Kürze der Zeit nicht möglich. Ein Stadtrat oder eine Stadträtin mit rechtsextremem Hintergrund ist für die Fraktion in Pankow untragbar, eine Prüfung der nominierten Person somit unabdingbare Voraussetzung zur Wahl. Nach dem ersten Wahlgang wurde der Tagesordnungspunkt vertagt. Inzwischen ist ein Video aufgetaucht, in dem er einen ZDF-Reporter angreift. Daniela Billig: „Ich empfinde das als Angriff auf die Pressefreiheit und das verträgt sich ganz bestimmt nicht mit dem Amt des Stadtrats. Ich bin sehr gespannt, wie er dazu Stellung nehmen wird.“ Der AfD-Kandidat für den BVV-Vorstand wurde wegen seines rechtsextremen Engagements klar nicht gewählt. Daniela Billig fasst die ersten Erfahrungen mit den RechtspopulistInnen zusammen: „Die AfD zeigt sich zu Beginn der Wahlperiode ineffektiv und ohne gesunden Menschenverstand.“

MATTHIAS TANG

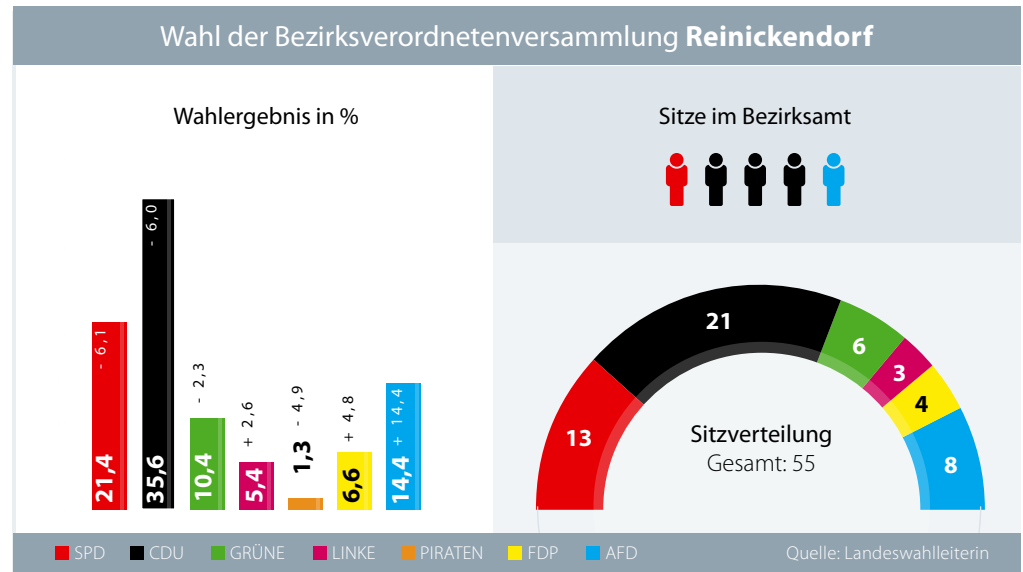


Reinickendorf

Kraftvolle Opposition

Das Wahlergebnis bedeutete für die Reinickendorfer Bündnisgrünen nicht nur einen Stimmenverlust von 2,3 Prozent auf jetzt 10,4 Prozent und den Verlust von zwei ihrer bisher acht BVV-Mandate, es läutete auch das Ende der schwarz-grünen Zählgemeinschaft im Bezirk ein, die seit 2011 bestand. Mit zusammen 27 Sitzen verfehlten die beiden Parteien knapp die erforderliche Mehrheit in der BVV und die CDU vereinbarte für die Wahl ihres Bürgermeisters eine Zählgemeinschaft mit der SPD. Allerdings war die Zusammenarbeit mit der CDU schon seit längerem schwieriger geworden und grüne Anträge wurden immer häufiger vom Zählgemeinschaftspartner abgelehnt, so zum Beispiel bei den Themen Radverkehr, Milieuschutz oder der Unterbringung von Geflüchteten. Auch auf den Wunsch der grünen Fraktion, die Wahl des Bezirksamtes etwas zu verschieben, damit sich insbesondere die neuen KandidatInnen auch bei den anderen Fraktionen vorstellen können, wollte die CDU nicht eingehen und erhielt daher auch keine grünen Stimmen.

Im Wahlkampf legte der Kreisverband den Schwerpunkt auf Radverkehr mit einem bezirklichen Fahrrad-Routen-Netz, Familienpolitik mit einem Fünf-Punkte-Katalog für einen familienfreundlicheren Bezirk und Stadtentwicklung mit Fokus auf ein Konzept zur Entwicklung von Kurt-Schumacher-Platz und dem Gelände des Flughafens Tegel nach dessen geplanter Schließung. Diese Themen will die neue Fraktion



auch in Zukunft weiterhin verfolgen, ihr soziales Profil stärken und sich zum Beispiel noch mehr für Geflüchtete oder die Einrichtung von Milieuschutzgebieten in Reinickendorf-Ost und -West und mehr sozialen Wohnungsbau einsetzen und den Erfolg bisheriger grüner Projekte wie der ersten integrierten Gemeinschaftsschule im Bezirk herauszustellen. Es sollen alle Möglichkeiten aus der Opposition heraus genutzt werden, um grüne Kernthemen und Projekte im Bezirk voranzubringen und in der BVV Mehrheiten dafür zu suchen.

Reinickendorf ist einer der sieben Bezirke, in denen die AfD Anspruch auf einen Stadtratsposten hat. Die Wahl des AfD-Stadtrats, der jahrzehntelang CDU-Mitglied war und nun für die Bereiche BürgerInnendienste und Ordnungsangelegenheiten

zuständig sein wird, verlief im Vergleich zu einigen anderen Bezirken relativ geräuschlos: In der konstituierenden BVV-Sitzung erhielt er bereits im ersten Wahlgang wenn auch knapp eine ausreichende Mehrheit von 27 zu 26 Stimmen, seine aktive Mitgliedschaft in mehreren Burschenschaften mit offenkundiger Nähe zum rechten Rand schien dabei nicht zu stören. Von Seiten der Grünen erhielt er keine Stimmen und der Kreisverband ist sich einig, dass es mit RechtspopulistInnen keine Kooperation geben kann, auch wenn man ihn selbst noch nicht persönlich kennt. Einen Termin zur Vorstellung hatte er kurzfristig abgesagt, seinen Dienst will er erst im Dezember antreten. Die Fraktionen haben eine regelmäßige Abstimmung zum Umgang mit der AfD und ihren Anträgen vereinbart.

ANNETTE HEPPEL

Spandau

Die Schere wird geschlossen

Das ehrgeizige Wahlziel zwar verfehlt, aber ein Ergebnis erreicht, auf dem man aufbauen kann, das es ermöglicht, mit wechselnden BündnispartnerInnen und Mehrheiten grüne Vorstellungen im Bezirk umzusetzen: Das ist das Fazit der Kommunalwahlen für die Spandauer Bündnisgrünen.

Sechs Sitze hielten die Grünen in der vorigen Wahlperiode in der Bezirksverordnetenversammlung, Mandate, die eigentlich gehalten werden sollten. Geblieben sind nach den Wahlen allerdings nur vier. Das lag zum einen an einem Verlust von rund 1000 Stimmen, vor allem aber daran, dass nun sechs statt wie bisher vier Fraktionen in der BVV vertreten sind. Das kostete allen „alteingesessenen“ Fraktionen Mandate.

Ein nicht zu unterschätzender Erfolg der Spandauer Grünen

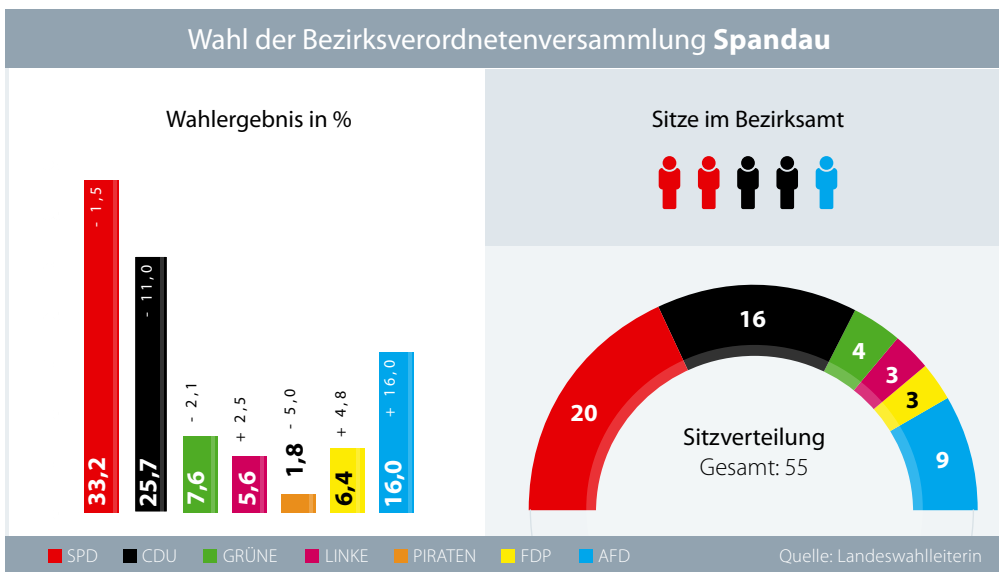
bleibt aber dennoch: Während traditionell in den meisten Berliner Bezirken das kommunale Wahlergebnis besser als das Landesergebnis ausfällt, trauten die Spandauer Wählerinnen und Wähler „ihren“ Bezirksgrünen in der Regel weniger zu als der Landespartei. Drei Prozent Unterschied zu Ungunsten des Bezirksergebnisses musste der Kreisverband 2011 noch hinnehmen. Nun wurde diese Schere weitgehend geschlossen, bleibt zwar immer noch eine Differenz, jetzt aber nur noch von 1,5 Prozent. Dies Aufschließen auf den grünen Berliner Landesdurchschnitt wertet der neue Kreisvorstand als wichtige Bestätigung für seine Politik.

Wahlkampf aus dem Stehgreif

Dabei war dieser Vorstand nach Auseinandersetzungen innerhalb des Kreisverbandes, die schließlich bis vor das Landesschieds-

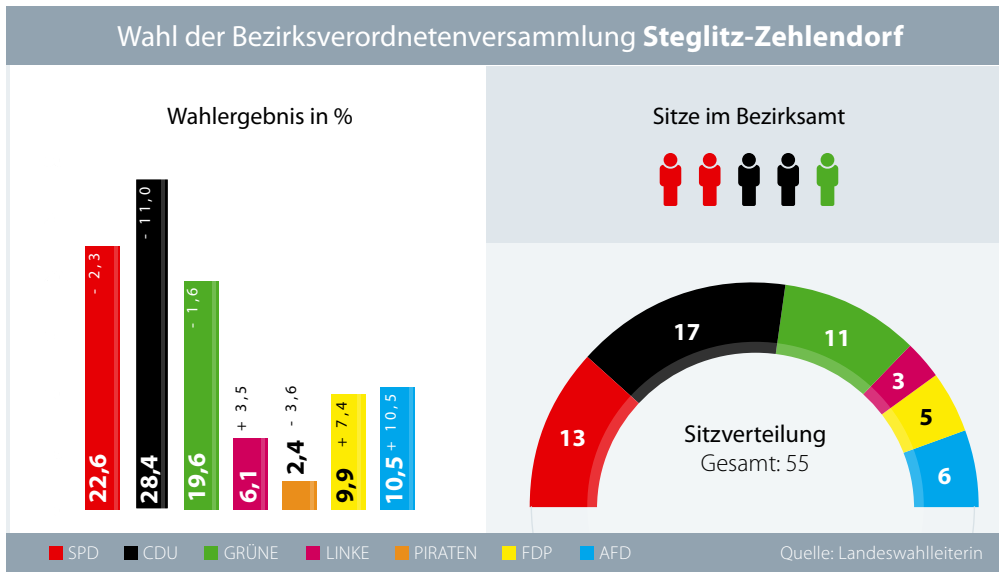
gericht führten, erst im Sommer vollzählig besetzt, konnte sich erst spät ganz auf den Wahlkampf konzentrieren. Der musste angesichts dieser besonderen Umstände dann aus dem Stehgreif auf die Beine gestellt werden. Einen ausdrücklichen Kommunalwahlkampf um die BVV-Sitze gab es deshalb kaum. Einige lokale Themen stellten die Grünen dann doch heraus, etwa die Probleme der Spandauer Stadtnatur, die Nöte der Radlerinnen und Radler, die ihr Gefährt am Bahnhof abstellen wollen, die Forderung, die Straßenbahn künftig wieder durch Spandau fahren zu lassen.

Was kann davon in der jetzt beginnenden Wahlperiode wie konkret in Angriff genommen werden? Die ersten Gespräche mit den anderen Fraktionen zeigten: Eine Zählgemeinschaft von SPD, Grünen und Linken hätte die meisten Schnittmengen geboten. Allein: Dieser „Bezirks-Koalition“ fehlte ein Sitz an der BVV-Mehrheit. Da alle demokratischen Parteien zumindest offiziell ein Zusammengehen mit der AfD ausschließen, verfügt nur eine SPD-CDU-Zählgemeinschaft über eine eigene Mehrheit, eine Konstellation, die von beiden Partnern so nicht wirklich gewollt war, in der sie sich kaum fünf Jahre lang bei jeder Abstimmung aneinander ketten werden. Der grüne Einfluss bleibt zwar sicherlich begrenzt, aber die grünen Fraktionärinnen und Fraktionäre dürfen durchaus darauf setzen, mit einer neuen, verbesserten Kommunikation auch für ihre Anträge unter den Bezirksverordneten von SPD, CDU, Linken und FDP Verbündete zu finden, das eine oder andere Anliegen mit wechselnden Mehrheiten erfolgreich in der BVV durchzubringen.



Steglitz-Zehlendorf

Eine geglückte Verteidigung



Angesichts der landesweiten Einbußen können die Grünen in Steglitz-Zehlendorf mit ihrem Bezirks-Resultat durchaus zufrieden sein: Gegenüber dem Rekord-Jahr 2011 verloren sie bei den Bezirksverordneten-Wahlen ganze 72 Stimmen, holten 19,6 Prozent. Das bedeutete wegen der höheren Wahlbeteiligung zwar einen Rückgang um 1,6 Prozent, war damit aber der geringste Verlust, den eine der schon in der alten BVV vertreten Parteien hinnehmen musste. Dieses Ergebnis brachte für die neue grüne BVV-Fraktion elf Sitze, angesichts des Einzugs weiterer Fraktionen – Linke, FDP und AfD – in das Bezirksparlament zwei weniger als bisher, sicherte aber den Stadtratsposten.

Bei den Abgeordnetenhauswahlen dagegen sah es nicht so positiv aus. Bei den Erststimmen mussten die Grünen im Südwesten ein Minus von 3,2 Prozent, bei den Zweitstimmen sogar von 4,3

Prozent hinnehmen. Das erhoffte Direktmandat für Benedikt Lux gab es so nicht, wobei der über die Landesliste wiedergewählte innenpolitische Sprecher der grünen Abgeordnetenhausfraktion in seinem Wahlkreis 1 hinter dem SPD-Bewerber wenigsten den zweiten Platz holte, mit einem Rückstand von drei Prozent zumindest auf „Schlagdistanz“ blieb.

In den kommunalen Wahlkampf waren die Grünen zwar mit ihrer Spitzenkandidatin Maren Schellenberg, nun Stadträtin für Bauen und Umweltschutz, gezogen, hatten aber niemanden konkret für ein Stadtratsamt oder gar den BürgermeisterInnenposten benannt. Dafür gab es aber vier verschiedene regionale Themenplakate, die eigens für Steglitz-Zehlendorf entworfen worden waren, landesweite Fragen auf konkrete Lösungen für den Bezirk münzten. Bei diesen Themenplakaten ging es um die Willkommenskultur und Integra-

tion in Steglitz-Zehlendorf, um die notwendige Schulsanierung, um Stadtentwicklung und die künftige Gestaltung der Plätze und nicht zuletzt um den öffentlichen Nahverkehr, den S-Bahn-Takt.

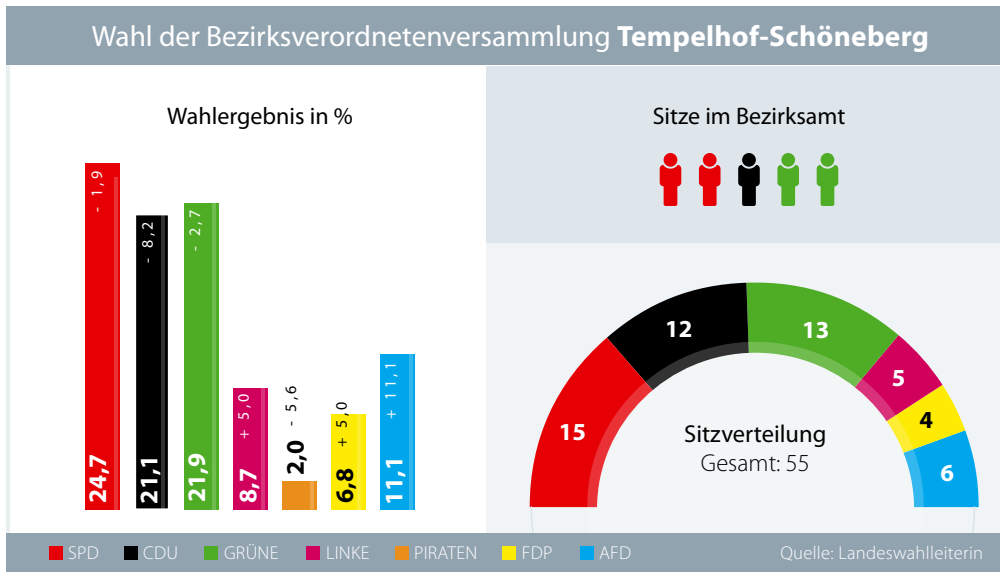
85 Projekte für den Bezirk

Zwar führten die Grünen nach den Wahlen mit allen demokratischen Parteien Gespräche, doch für eine rot-grün-rote Zählgemeinschaft gab es von Anfang an keine Mehrheitsoption, eine mathematisch mögliche Konstellation von SPD, Grünen und FDP kam wegen großer Bedenken gegen die FDP-Positionen nicht in Betracht. Also bleibt es nun bei der seit zehn Jahren bestehenden Schwarz-Grünen Zählgemeinschaft, die trotz der CDU-Verluste von zwölf Prozent immer noch über eine knappe Mehrheit in der BVV verfügt.

Dafür ist die Zählgemeinschaftsvereinbarung um so umfassender und präziser, listet insgesamt 85 Projekte auf, die in der anstehenden Wahlperiode in Angriff genommen bzw. umgesetzt werden sollen. Die meisten dieser Vorhaben wurden dabei von der grünen Verhandlungsdelegation in die Vereinbarung geschrieben. Danach wird der Bezirk trotz knapper Kassen die Investitionen in den Radverkehr erhöhen, soll gemeinsam mit der BürgerInnenschaft ein Konzept für die Nachnutzung des Dahlemer Museums entwickelt werden. Und, für die Grünen besonders wichtig: In Lichterfelde-Süd soll beim größten Neubauprojekt Berlins gezeigt werden, wie Wohnungsneubau und Umweltschutz Hand in Hand gehen können.

Tempelhof-Schöneberg

Erfolg durch CDU-Verluste



In der abgelaufenen Wahlperiode bildeten die Tempelhof-Schöneberger Bündnisgrünen hinter SPD und CDU die drittstärkste Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung. Nun sind sie hinter der SPD an zweiter Stelle. Einen Stadtratsposten besetzten die Grünen bisher, nun sind es zwei. Dazu stellen sie den stellvertretenden Bürgermeister. Statt nur einem wie 2011 holten sie diesmal zwei Direktmandate für das Abgeordnetenhaus. Die gesteckten Ziele waren allerdings noch ehrgeiziger. In ihrer letzten Presseerklärung vor der Wahl hatten die Grünen formuliert: „Wir wollen als stärkste Partei den Bürgermeister stellen.“ Und: „Wir wollen drei Direktmandate für das Abgeordnetenhaus gewinnen.“

Dieses formulierte Wahlziel entsprach dabei durchaus den Meinungsumfragen aus der ersten Wahlkampfphase. Aber auch so scheint das erreichte Ergebnis als Erfolg. Nur: Der ergab sich

nicht so sehr aus dem eigenen Stimmenanteil als vielmehr aus den dramatischen Verlusten der CDU. Tatsächlich hatten die Tempelhof-Schöneberger Grünen bei den BVV-Wahlen einen Rückgang von 2,7 Prozent, bei den Abgeordnetenhauswahlen von 4,3 Prozent hinnehmen müssen. Die grüne BVV-Fraktion schrumpfte von 14 auf 13 Mitglieder.

Natürlich wurde der kommunale Wahlkampf auch in Tempelhof-Schöneberg vom Kampf um die Abgeordnetenhausmandate überlagert. Aber auch den führte die Bezirksgruppe mit regionalen Schwerpunkten, im Wahlkreis 2 etwa die dann direkt gewählte Abgeordnete Catharina Pieroth-Manelli über das schon zwei Jahre zuvor ins Leben gerufene Forum Schöneberg. Das ist eine regelmäßige Diskussionsrunde, aus der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger direkt in die Politik einfließen sollen.

Es bleibt bei Rot-Grün

Für den Kommunalwahlkampf hatten die Grünen ihr Spitzenduo Martina Zander-Rade von Platz 1 und Jörn Oltmann von Platz 2 bezirksweit plakatiert und ein umfangreiches Wahlprogramm vorgelegt. Das deckte von der Wirtschaft bis zur Kultur fast alle politischen Themenbereiche ab, stellte nicht nur Forderungen an die künftige Bezirkspolitik, sondern verwies immer wieder auch auf die vor allem im Rahmen der rot-grünen Zählgemeinschaft erzielten Erfolge. Im Vordergrund standen da die Fortschritte beim MieterInnen-schutz durch die Ausweisung von Gebieten mit sozialer Erhaltungssatzung, beim Radverkehr durch die Entwicklung des Nebenroutenkonzeptes. Das sollte nach der Wahl – unter grüner Federführung – konsequent fort- und umgesetzt werden. Erst spät entschlossen sich die Grünen aber unter dem Eindruck der Meinungsumfragen und erster Pressespekulationen, mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Jörn Oltmann dafür auch einen Bürgermeisterkandidaten zu benennen.

Aus der angestrebten grün-roten Zählgemeinschaft wurde nun wieder die rot-grüne Zählgemeinschaft vereinbarung konnten die Grünen etliche wesentliche Punkte ihres Programms festschreiben, doch in die BVV verfügen SPD und Grüne nur noch über eine Stimme Mehrheit. Die soll nun durch eine verstärkte Einbindung der gewachsenen Fraktion der Linken stabilisiert werden, wobei die neue Fraktionsführung darauf setzt, für manche grüne Forderung auch Unterstützung aus den anderen demokratischen Parteien zu finden.

Treptow-Köpenick

Tiefschlag nach der Wahl

Eigentlich könnten die Treptow-Köpenicker Bündnisgrünen mit dem Wahlergebnis durchaus zufrieden sein: Mit 9,4 Prozent bei den Bezirksverordneten- und 9,1 Prozent bei den Abgeordnetenwahlen mussten auch sie wie andere Bezirksgruppen im Vergleich zu den Wahlen 2011 zwar einen leichten Stimmenrückgang hinnehmen, doch der blieb immerhin unter dem Landesdurchschnitt. Und: Von sechs BVV-Sitzen wurden zumindest fünf verteidigt. Doch der Tiefschlag traf den Kreisverband nach der Wahl: Ihr Spitzenkandidat, in der abgelaufenen Wahlperiode erster grüner BVV-Vorsteher, trat über in die SPD-Fraktion. Da zählte die grüne BVV-Fraktion nur noch vier Köpfe.

Das Wahlziel hatte man allerdings ohnehin nicht erreicht. Angestrebt worden war: Aus sechs werden (mindestens) sieben Bezirksverordnete, dazu machten sich die Grünen Hoffnungen

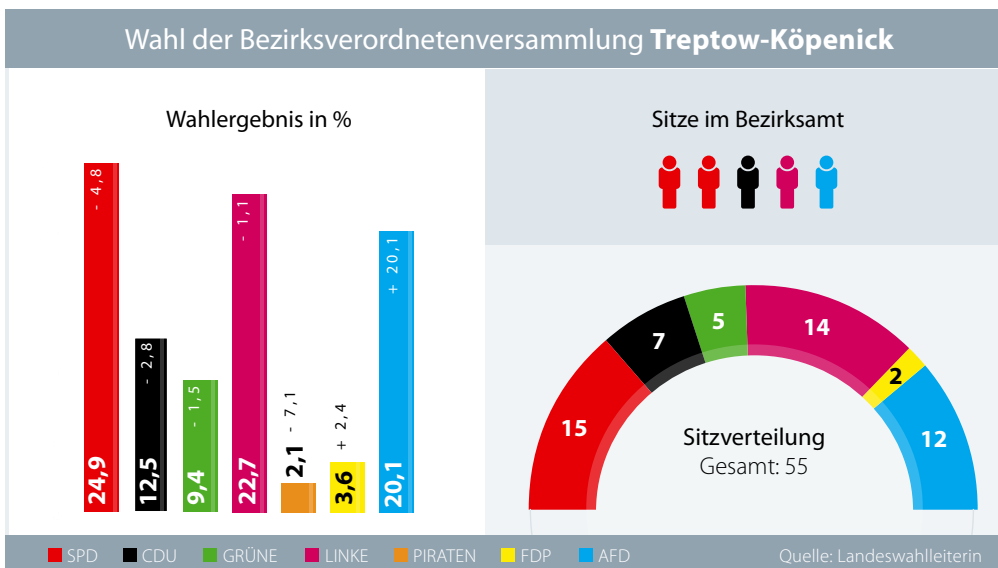
auf einen Stadtratsposten. Der Erfolg der AfD machte aber nicht nur bei den Grünen alle Wachstumshoffnungen zunichte.

Auf die Benennung eines Kandidaten, einer Kandidatin für das BürgermeisterInnenamt hatte man – in Einschätzung der Kräfte – von vornherein verzichtet, ebenso auf die Herausstellung einer möglichen Stadträtin bzw. Stadtrats. Aber in ihrem kommunalen Wahlprogramm nahmen sich die Grünen trotzdem exemplarisch etlicher Bezirksprobleme an, unterbreiteten dazu konkrete Vorschläge. Schwerpunkte dieses Wahlprogramms: Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Bewahrung der Grünflächen. Statt Treptow-Köpenick durch einseitige Förderung des Straßenausbaus weiter zum „Transitbezirk“ für PKW- und Schwerlastverkehr zu machen, sollten auch die Anwohnerinnen und Anwohner der abgelegeneren Viertel die

nächste Station des öffentlichen Nahverkehrs leicht zu Fuß erreichen können. Außerdem fordert das Wahlprogramm eine effiziente Anbindung des Bezirks an das überregionale Schienennetz mit Regionalbahn- und Regionalexpressverbindungen. An prominenter Stelle setzt es dazu auf den Schutz des Köpenicker Forsts oder der „urbanen Wildnis“ mit ihrer Artenvielfalt an Tieren und Pflanzen, wie sie auf dem Areal der Gleislinse in Schöneeweide entstanden ist. Intelligente Stadtentwicklungspolitik, so die Treptow-Köpenicker Grünen, opfert solche Juwelen auch nicht zur Ausweitung neuer Gewerbegebiete, wie es andere Parteien im Bezirk wollen, sondern entwickelt Konzepte, sie umweltverträglich für Freizeit und Erholung zu nutzen.

Die SPD reißt Gräben auf

Chancen, solche Konzepte auf Bezirksebene nun voranzubringen und selbst verantwortlich mitzugestalten, sehen die Grünen angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bezirk vorerst nicht. Und auch die Bildung eines rot-rot-grünen Senats hat den grünen Handlungsspielraum im Bezirk nicht erweitert. Die Bezirks-SPD jedenfalls signalisiert kein besonderes Entgegenkommen, im Gegenteil. Ausgerechnet ihren neuen von den Grünen übergelaufenen Fraktionär kürte sie zum Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung. Die Treptow-Köpenicker Grünen zu dieser Entscheidung: ein trauriges Zeugnis für die politische Kultur im Bezirk, die schon zum Start in die Legislaturperiode unnötige Gräben in der BVV aufreißt.



Vielen Dank!

15,2 Prozent Zweitstimmen ergeben 27 Abgeordnete für unsere neue Fraktion im Abgeordnetenhaus statt 29 wie bisher. Auch einige bisherige Abgeordnete haben den erneuten Einzug ins Parlament leider nicht geschafft. Wir sagen herzlichen Dank für die geleistete Arbeit und wünschen alles Gute weiterhin!



FOTO: WWW.CLARA-HERRMANN.NET

Clara Herrmann

Clara war seit 2006 Mitglied des Abgeordnetenhauses und Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus, Haushaltspolitik, Entwicklungspolitik und Verfassungsschutz. Ihr Einsatz galt in all ihren Themenfeldern einer gerechten, emanzipatorischen und nachhaltigen Politik, insbesondere bei der Frage der sozial gerechteren Geldverteilung und zukunftsfähigen Investitionen im Land Berlin.



FOTO: WWW.CLARA-HERRMANN.NET

Nicole Ludwig

Nicole war seit 2011 Mitglied des Abgeordnetenhauses und Sprecherin für Wirtschaft, Tourismus und Haushaltspolitik der grünen Fraktion. Sie setzte sich u.a. für den Messestandort Berlin, den Wassertourismus, Elektromobilität und Green Fashion ein. Auch die Einführung der City-Tax ist maßgeblich auf ihre Aktivitäten zurückzuführen. Als erste Nachrückerin auf der Landesliste stehen ihre Chancen gut, im Laufe der Legislaturperiode wieder der Fraktion anzugehören.



FOTO: WWW.BOLA-OLALOWO.DE

Bola Olalowo

Bola rückte 2012 ins Abgeordnetenhaus nach und machte sich als wirtschaftspolitischer Sprecher für Technologie- und Innovationspolitik stark für die ökologisch-soziale Transformation der Berliner Wirtschaft. Darüber hinaus setzte er sich auch ein für ein besseres Beteiligungsmanagement des Landes Berlin und für die Stärkung der migrantischen und der solidarischen Ökonomie.

Besonders herzlich gratulieren möchten wir unseren zwölf Abgeordneten, die ihre Wahlkreise direkt gewinnen konnten!

- | | | |
|--|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> ➤ Turgut Altug
Friedrichshain-Kreuzberg 3 | <ul style="list-style-type: none"> ➤ Susanna Kahlefeld
Neukölln 2 | <ul style="list-style-type: none"> ➤ Ramona Pop
Mitte 1 |
| <ul style="list-style-type: none"> ➤ Canan Bayram
Friedrichshain-Kreuzberg 5 | <ul style="list-style-type: none"> ➤ Anja Kofbinger
Neukölln 1 | <ul style="list-style-type: none"> ➤ Katrin Schmidberger
Friedrichshain-Kreuzberg 1 |
| <ul style="list-style-type: none"> ➤ Marianne Burkert-Eulitz
Friedrichshain-Kreuzberg 2 | <ul style="list-style-type: none"> ➤ Andreas Otto
Pankow 6 | <ul style="list-style-type: none"> ➤ Notker Schweikhardt
Tempelhof-Schöneberg 1 |
| <ul style="list-style-type: none"> ➤ Stefan Gelbhaar
Pankow 8 | <ul style="list-style-type: none"> ➤ Catherina Pieroth-Manelli
Tempelhof-Schöneberg 2 | <ul style="list-style-type: none"> ➤ Marc Urbatsch
Mitte 4 |

Herzlich Willkommen!

Die grüne Neuenquote (jeder dritte Platz auf einer Wahlliste ist reserviert für Neue, die bisher noch keinem Parlament oder Regierung angehört haben) garantiert auch immer wieder frischen Wind und neue Gesichter in der Fraktion. Diesmal sind es zehn neue Abgeordnete, die wir hier kurz vorstellen möchten.



FOTO: WWW.CATHERINA-PIEROOTH.BERLIN

Catherina Pieroth-Manelli

Catherina war bis zur Wahl Geschäftsführerin der Abgeordnetenhausfraktion. Sie engagiert sich für gerechte Gesundheits- und Demografiepolitik und hat das 'Forum Schöneberg' initiiert, in dem sie gemeinsam mit BürgerInnen, Verwaltung und Initiativen konkrete Vorschläge u.a. zu gesundheitspolitischen Fragen entwickelt.



FOTO: WWW.STEFAN-TASCHNER.DE

Stefan Taschner

Stefan kommt aus der Umwelt- und Klimaschutzbewegung, stadtweit bekannt wurde er als Mitinitiator und Sprecher des Berliner Energietisches, der die Diskussion um die zukünftige Energieversorgung Berlins aktiv und maßgeblich geprägt hat. Als Abgeordneter möchte er die Ergebnisse der Enquete-Kommission Energie umsetzen.



FOTO: GRÜNE BERLIN

Marc Urbatsch

In den letzten Jahren hat Marc als Landesschatzmeister über die Finanzen der Partei gewacht und war Fraktionssprecher sowie Vorsitzender des Hauptausschusses der BVV Mitte. Nun kann er dieses umfangreiche Fachwissen auch auf Landesebene in die zukünftigen Haushaltsberatungen einbringen.



FOTO: GRÜNE BERLIN

Sebastian Walter

Sebastian war mehrere Jahre Sprecher der Berliner LAG Queer-Grün und ist seit 2013 Sprecher der BAG Schwulenpolitik. Er setzt sich dafür ein, dass allen Menschen die gleichen grundlegenden BürgerInnenrechte zugestanden werden, die queere Vielfalt in Berlin gesichert, gleiche Rechte ausgebaut und Diskriminierung entschieden entgegengetreten wird.



FOTO: GRÜNE BERLIN

Bettina Jarasch

Seit März 2011 ist Bettina unsere Landesvorsitzende, seit Ende 2013 auch Mitglied im Bundesvorstand. Die thematischen Schwerpunkte ihres politischen Engagements liegen in den Bereichen Bildung, Integration, Familie, Arbeit und soziale Gerechtigkeit sowie Religionspolitik.



FOTO: GRÜNE NEUKÖLLIN

Georg Kössler

Georg ist seit 2012 Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Energie, möchte Berlin zur Energiewende-Hauptstadt machen und dabei zeigen, dass Klimaschutz auch sozial gerecht geht. Er will dafür sorgen, dass Energie- und Sozialpolitik gemeinsam gedacht werden, denn Klimapolitik ist für ihn eine Querschnittsaufgabe.



FOTO: GRÜNE BERLIN

June Tomiak

Mit June stellen wir Grünen die jüngste Abgeordnete im Berliner Parlament. Seit 2012 politisch aktiv in der SchülerInnenvertretung auf Schul-, Bezirks- und Landesebene liegen ihre thematischen Schwerpunkte in der Bildungs- und Jugendpolitik sowie Strategien gegen Rechtsextremismus.



FOTO: GRÜNE BERLIN

Fatoş Topaç

Fatoş setzt sich seit vielen Jahren politisch für eine bessere Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ein, u.a. als Bezirksverordnete in Friedrichshain-Kreuzberg. Ihr Ziel ist die inklusive Stadt: bezahlbare Mieten, altersgerechte Wohnformen, selbstbestimmtes Leben auch für Alte, moderne Pflegepolitik, gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe für alle.



FOTO: ERIK MARQUARDT

Daniel Wesener

Seit März 2011 ist Daniel unser Landesvorsitzender, zuvor war er viele Jahre in der Kommunalpolitik aktiv. Er kämpft für starke Bezirke, eine funktionierende Verwaltung, bezahlbare Mieten in lebendigen Stadtvierteln, für mehr demokratische Mitsprache der BürgerInnen und den Erhalt von Berlins kreativen Freiräumen.



FOTO: ERIK MARQUARDT

Stefan Ziller

Stefan ist nicht ganz neu in der Fraktion – er war bereits von 2006 bis 2011 Abgeordneter und will sich auch nun wieder für sein Schwerpunktthema soziale Gerechtigkeit einsetzen und dafür kämpfen, dass die Spirale von Armut und prekärer Beschäftigung, Angebotskürzungen und öffentlicher Finanznot durchbrochen wird.

GRÜNE JUGEND Berlin

Stachlig & charmant

Am 18. September diesen Jahres haben die BerlinerInnen ihre Stimmen abgegeben und der bundesweit unbeliebtesten Landesregierung endlich ein Ende bereitet. Nach einem tollen, intensiven und spaßigen Wahlkampfsommer blicken wir als GRÜNE JUGEND nun mit vorsichtiger Zuversicht auf die Zukunft der Stadt und hoffen auf einen linken, progressiven Politikwechsel.

Wir haben uns in den vergangenen eineinhalb Jahren stark in die inhaltliche Arbeit in der Partei eingebracht, denn wir denken, eine rot-rot-grüne Koalition kann eine Chance für Berlin sein nach Jahren eines rot-schwarzen Chaosnats, der völlig zu Recht abgewählt wurde. Jedoch ist Regieren kein Selbstzweck. In fünf Jahren wird auch diese Koalition an ihren Erfolgen gemessen und gerade für Grüne muss das heißen: Wir wollen etwas ändern.

Junggrüne Ideen begeistern

Das Wahlprogramm trägt auch eine junggrüne Handschrift. Daher haben wir unseren Wahlkampf stark daran orientiert und einige uns wichtige Themen besonders hervorgehoben: Wir haben uns mit unseren Aktionen auf die Themen Mobilität – hier insbesondere das Barenticket –, Bildung und Geflüchtete konzentriert. Dabei konnten wir während unserer Hochtour in den letzten zwei Wochen auch alle Kreisverbände besuchen und gemeinsam mit ihnen und junggrünen Wahl-

kämpferInnen von überall her die Stadt kennenlernen und auch dort, wo wir sonst weniger präsent sind, für unsere Ideen werben. Zudem waren wir bei vielen Diskussionen an Schulen vertreten, oftmals durch June als unsere junggrüne Kandidatin. Dort bei den U18-Wahlen hat sich gezeigt, dass junge Menschen offen und teils begeistert sind von grünen Ideen.

Allerdings sehen wir hier noch mehr Potenzial und können uns vorstellen, unseren Wahlkampf noch mehr darauf auszurichten bei kommenden Wahlen. Junge WählerInnen durch uns anzusprechen, reicht jedoch nicht: Die Grüne Partei selbst hat auch mehr Potenzial (bei älteren). Wir sind auch gemeinsam mit den Jusos und jungen Linken gegen Henkels klientelorientierte und stattdessen für eine liberale Innenpolitik vor die Innenverwaltung gezogen und haben unsere gute Zusammenarbeit ausgebaut.

Visionen für eine bessere Welt

GRÜNE JUGEND und Bündnis 90/Die Grünen eint das Ideal, an Visionen und Utopien auch über alle Widerstände hinweg fest-

zuhalten, intensiv dafür zu arbeiten und sich so für eine bessere Welt einzusetzen. Während die Partei dafür in einer Regierung notwendigerweise bei manchen Themen Kompromisse eingehen muss, legen wir Wert auf unsere Eigenständigkeit und in einigen Themenbereichen von der Parteilinie abweichende Sichtweisen und Positionen. Gerade in Zeiten, in denen die Grünen einen Teil der Regierung bilden, ist es unsere Aufgabe als GRÜNE JUGEND, stachelig zu sein und ein innerparteiliches Korrektiv darzustellen. Also immer wieder auch an vielleicht unangenehmere Projekte zu erinnern und den Regierungsverantwortlichen auch in der eigenen Partei auf die Füße zu treten. Dabei treten wir stachlig auf, bleiben aber so charmant, wie nur wir es können.

LANDESVORSTAND GRÜNE JUGEND



Urwahl der SpitzenkandidatInnen

Basis ist Boss



FOTO: RASMUS TANCK

Bereits für die Bundestagswahl 2013 wurden die zwei SpitzenkandidatInnen von Bündnis 90/Die Grünen per Urwahl durch alle Mitglieder gewählt. Was damals gut und richtig war, ist auch heute wieder aktuell. Die Basis ist der Boss und bestimmt, wer an vorderster Stelle für die Grünen in den Bundestagswahlkampf zieht.

Am bündnisgrünen Wahlprogramm arbeiten schon immer viele aktive Mitglieder mit, entweder in den Kreisverbänden oder in den thematischen Landes- und Bundesarbeitsgemeinschaften. Die regelmäßig sehr hohe Zahl der Änderungsanträge zum Programmwurf des Bundesvorstandes macht deutlich, wie wichtig die Inhalte sind, mit denen wir uns zur Wahl stellen. Klar, auf den Inhalt kommt es an. Aber die WählerInnen wollen nicht nur wissen, was sie wählen, sondern auch wen. Und so ist es nur konsequent, wenn das grüne Spitzenpersonal von allen Parteimitgliedern bestimmt wird. Wir wissen alle, wie wichtig neben dem Programm

die Menschen sind, die für grüne Politik stehen, für sie werben und sie am Ende auch umsetzen – möglichst in Regierungsverantwortung.

Auf das Spitzenduo wartet eine verantwortungsvolle Aufgabe. Im Beschluss des Länderrates heißt es: „Die SpitzenkandidatInnen vertreten die Partei im Wahlkampf in herausgehobener Position und verantworten die Wahlkampfstrategie und die Wahlkampagne gemeinsam mit dem Bundesvorstand.“ Sie werden die beiden Gesichter sein, die im Wahlkampf grüne Inhalte erklären, bewerben und verteidigen.

Ablauf der Urwahl

Die Urwahl der SpitzenkandidatInnen hat formal im Sommer begonnen, mit einem entsprechenden Beschluss des Länderrats (kleiner Parteitag). Anders als 2012/13, wo sich jedes grüne Mitglied bewerben konnte, setzte die Kandidatur dies mal voraus, bereits von einem Landes- oder Kreisverband für die Bundestagswahl aufgestellt zu sein oder das Votum eines Landes- oder Kreisverbandes zu besitzen. Am 17. Oktober endete die Bewerbungsphase, vier Kandidierende gibt es: Die Fraktionsvorsitzenden Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter, der Parteivorsitzende Cem Özdemir und der Umweltminister von Schleswig-Holstein, Robert Habeck. Es gilt wie üblich die Frauenquote, das heißt jedes stimmberechtigte Mitglied kann bis zu zwei Stimmen vergeben. Dabei dürfen nicht zwei Stimmen auf zwei Männer fallen und es können nicht beide Stimmen auf eine Person vereint werden. Alternativ kann nur eine Person gewählt oder insgesamt mit Nein oder Enthaltung gestimmt werden.

Diese vier stellen sich zurzeit bundesweit in sogenannten Urwahlforen vor. Teilweise werden diese Diskussionen per Livestream auf www.gruene.de übertragen, damit sich möglichst viele Mitglieder ein direktes Bild von den Kandidierenden machen können. Vor vier Jahren beteiligten sich über 60 Prozent der grünen Mitglieder an der Urwahl. Und auch wenn Eigenlob eigentlich stinkt: Die Urwahl zeigt, dass Bündnis 90/Die Grünen die Basisdemokratie ernst nehmen.

MATTHIAS TANG

Zeitplan Urwahl

17. Oktober:
Bewerbungsschluss

02. Dezember:
Wahlunterlagen
werden verschickt

07. Januar:
Letztes Urwahlforum in
Berlin, 14:30-16:30 Uhr,
Kalkscheune, Johannis-
straße 2, 10117 Berlin
(Livestream ab 14.30
Uhr auf gruene.de)

13. Januar 2017:
Einsendeschluss der
Wahlunterlagen. Alle
Briefe müssen bis zum 13.
Januar beim Bundesver-
band eingegangen sein

Januar 2017:
Ergebnisverkündung,
ebenfalls im Livestream
(Tag und Uhrzeit stehen
noch nicht fest)

**Mehr über das Procedere
und die Kandidierenden:**
gruenlink.de/1a7y

**Fehler der Vergangenheit
nicht wiederholen**

Daueraufgabe Integration

Das Zauberwort „Integration“ ist in aller Munde, seit viele Menschen vor Krieg, Verfolgung und Vertreibung zu uns geflohen sind. Etwas aus dem Blick gerät dabei, dass es nicht nur um die aktuell Geflüchteten geht. Integration ist eine Aufgabe, der sich beide Seiten – die Eingewanderten und die bereits in Deutschland Lebenden – dauerhaft stellen müssen.



FOTO: FLICKR/WOLFGANG - CC BY-ND 2.0

Die politische Entwicklung in der Türkei zeigt, dass die zweite und dritte Generation der als türkische „GastarbeiterInnen“ nach Deutschland gekommenen Menschen stark im Herkunftsland ihrer Eltern und Großeltern verankert ist. Eine Studie der Uni Münster ergibt zwar einerseits, dass 70 Prozent einen „starken Willen“ zur Integration haben und die Bildungserfolge und Sprachkenntnisse zunehmen. Auch gehen die türkischstämmigen EinwandererInnen der zweiten und dritten Generation seltener in die Moschee und beten weniger. Andererseits bezeichnen sich 72 Prozent von ihnen als tief-, sehr oder eher religiös. Religion sei zum „Identitätsmarker“ geworden, sagen die Forscher. Sie sehen darin ein „demonstratives Bekenntnis zur eigenen kulturellen Herkunft“, so der Religionssoziologe David Pollack im Tagesspiegel.

Je mehr Erdogan und die AKP aus der Türkei einen islamischen Staat machen, desto mehr führt die Identifizierung mit dem Islam zu einer bedingungslosen Verteidigung der Türkei als Nation und ihrer Regierung. Exemplarisch war dies beim Streit

um die Armenienresolution des Deutschen Bundestages zu beobachten. Özcan Mutlu, für die Berliner Grünen im Bundestag, erreichten als Unterstützer der Resolution heftigste Reaktionen aus allen politischen Lagern. „Ich habe für drei Wochen meinen Facebook-Account still gelegt, weil Zahl und Schärfe der Beleidigungen unerträglich waren“, erzählt Mutlu.

Dabei sind die Wahlergebnisse der AKP in Deutschland schon länger ein Warnsignal. „Die AKP hat zum Beispiel bei den türkischen Wählerinnen und Wählern in Berlin sehr viel besser abgeschnitten als in der Türkei“, berichtet Özcan Mutlu, der auch als OSZE-Wahlbeobachter mehrfach in der Türkei war. Denn viele türkischstämmige BerlinerInnen fühlen sich nicht akzeptiert und haben nach wie vor nicht die gleichen Chancen bei Bildung und Arbeit. Folge: 54 Prozent stimmten in der Untersuchung der Uni Münster der Aussage zu, „egal wie ich mich anstrengte, ich werde nicht als Teil der deutschen Gesellschaft anerkannt“. Das Gefühl, diskriminiert zu werden, verstärkt die Identifizierung mit der Türkei und der türkischen Regierung.



Politik ohne Grenzen

Integration ist ein lange andauernder Prozess, der die Gesellschaft verändert. Sichtbar ist das auch in der Politik, konkret im Deutschen Bundestag. Vor zwanzig Jahren gab es kaum Parlamentarier mit dem sogenannten „Migrationshintergrund“. Heute bringen 37 von 631 Mitgliedern des Bundestages eine familiäre Erfahrung mit, die sich nicht allein im deutschen Kulturkreis abspielt. In dem Buch „Politik ohne Grenzen“ erzählen 21 Parlamentarierinnen und Parlamentarier von ihren persönlichen Lebenswegen und ihren Erfahrungen als Abgeordnete. (B&S Siebenhaar Verlag + Medien)

Für die Zukunft wünscht sich Mutlu unter anderem, dass im deutschen Schulunterricht interkulturelle Bildung ausgebaut und in den Großstädten stärker auf die türkisch-osmanische Geschichte eingegangen wird. Ereignisse wie den Völkermord an den Armeniern sollten im Unterricht historisch eingeordnet, die Hintergründe – zum Beispiel auch die deutsche Beteiligung – herausgearbeitet werden. Es geht um das, was man etwas sperrig als „kultursensible“ Bildung bezeichnet: Alteingesessene und neue BerlinerInnen müssen von- und übereinander lernen, sich gegenseitig akzeptieren, um zu einem friedlichen Miteinander zu gelangen.

Wichtig ist für Mutlu, dass die Fehler aus der GastarbeiterInnen-Ära bei der Integration der aktuell Geflüchteten nicht wiederholt werden. „Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der von Einheimischen, vor allem auch von den Eingewanderten, Einsatz und Engagement erfordert, damit der Zusammenhalt gelingt. Hier ist noch viel zu tun, wie man am Beispiel der Berliner Türkinnen und Türken sieht“, so Mutlu.

MATTHIAS TANG

Kinderarmut

Ein schweres Erbe

Kinder brauchen eine eigene Existenzsicherung, die ihre Bedürfnisse abdeckt, die ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht, die dafür sorgt, dass alle Kinder mit den gleichen Chancen ins Leben starten können. So hat es gerade die Bundesdelegiertenkonferenz der Bündnisgrünen gefordert. Soll das nun in Angriff genommen werden, warten viele Hausaufgaben auf die rot-rot-grüne Koalition, die auf diesem Feld ein schweres Erbe antritt. Denn: Die deutsche Hauptstadt gilt auch als die Hauptstadt der Kinderarmut im Land.

Fast die Hälfte der Alleinerziehenden in Berlin sind nach der Statistik von Armut bedroht oder leben bereits in Armut, und das, obwohl die meisten von ihnen einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Dass dem alten SPD-CDU-Senat im vergangenen Frühjahr gegen diesen unhaltbaren Zustand nur eine Bundesratsinitiative zur Erhöhung des Kindergeldes für Alleinerziehende um 50 Euro einfiel, sprach nach Einschätzung von Marianne Burkert-Eulitz, der familienpolitischen Sprecherin der grünen Abgeordnetenhausfraktion und der grünen Bundestagsabgeordneten Lisa Paus vor allem für mangelnde Sachkenntnis. Diese 50 Euro mehr sollte es nämlich nur bis zum zwölften Lebensjahr des Kindes geben – ganz so, als würden Kinder nach dem zwölften Geburtstag plötzlich „billiger“.

Der alte Senat wollte vom Problem nichts wissen

Solch Mangel an Sachkenntnis hatte einen Hintergrund: Der alte SPD-CDU-Senat, insbesondere Sozialsenator Mario Czaja von der CDU, wollte es gar nicht so genau wissen, wie dramatisch das Ausmaß der Kinderarmut in Berlin ist. Auf einer Veranstaltung der Arbeiterwohlfahrt meinte die Neuköllner SPD-Bürgermeisterin Franziska Giffey, dass allein in ihrem Bezirk

tausend Kinder und Jugendliche im Obdach leben, also von der Wohnungslosigkeit der Eltern bzw. eigener Wohnungslosigkeit betroffen sind. Wie viele obdachlose Kinder gibt es in Berlin, wollte Burkert-Eulitz von Czaja wissen, doch der Senator konnte keine erhellende Antwort geben. Denn nur fünf der zwölf Bezirke machten dazu überhaupt Angaben, und das auch noch nach unterschiedlichen statistischen Kriterien, so dass die Daten nicht vergleichbar waren.

Seit Jahren fordert die Landesarmutskonferenz, ein Zusammenschluss von Initiativen und Trägern der Wohlfahrtspflege, dass der Senat einen jährlichen Armutsbericht vorlegt. Gefolgt ist der Senat dieser Forderung bisher nicht. Dabei müsste es laut Gesetz sogar einen regelmäßigen „Jugendbericht“ auch zum Thema Armut geben. Den letzten Bericht gab es in den 1990er Jahren. Was man trotzdem mit Sicherheit sagen kann: Seit den 1990er Jahren sind Strukturen, die Armut erfassen und bekämpfen, weggebrochen.

Was die neue Koalition also in Angriff nehmen muss: Das ganze Ausmaß der Kinderarmut feststellen, die im Zuge der Sparpolitik der vergangenen Jahre liquidierten Struk-

turen wieder herstellen, durch den Ausbau der Kindertagespflege vor allem den armutsgefährdeten Alleinerziehenden ermöglichen, eine wirklich existenzsichernde Beschäftigung aufzunehmen statt sich von einem prekären Job zum nächsten hangeln zu müssen. Und statt wie noch kurz vor der Abgeordnetenhauswahl eine zwar wohlklingende, aber verfehlte 50-Euro-mehr-Kindergeld-Initiative zu starten, muss sich der künftige Senat im Bundesrat für eine Familienförderung stark machen, die der Armut wirksam begegnet.

DETLEF FRITZ



Flüchtlinge im Arbeitsmarkt

Berufsfindung mit Hindernissen

Bilanz von einem Jahr Arrivo-Ringpraktikum, einem der Projekte, die Flüchtlingen den Weg in den Arbeitsmarkt ebnen sollen: 50 meist aus Syrien stammende Flüchtlinge im Alter von durchschnittlich 25 Jahren erlebten deutschen Arbeitsalltag, zehn bekommen schließlich einen festen Arbeits-, sechs weitere einen Ausbildungsvertrag. Fazit: Die Integration in den Arbeitsmarkt ist möglich – aber alles andere als ein Selbstläufer.



„abkommandiert“ – wo sie dann zum Beispiel lernen sollen, wie man eine Bewerbung schreibt.

Bisher Schwachstelle bei der beruflichen Integration: Nicht nur im Arrivo-Ringpraktikum, auch bei anderen Projekten dieser Art gibt es fast ausschließlich männliche Teilnehmer, bei den Info-Veranstaltungen in den Übergangsheimen lassen sich ebenfalls kaum Frauen blicken. Mit der Gründung eines Näh-Arbeitskreises, der die Menschen in den Heimen mit selbstgefertigten Textilien versorgen soll, haben Mitarbeiterinnen der Mitgliedsunternehmen aus dem Netzwerk als ehrenamtliche Helferinnen nun einen ersten Schritt getan, verstärkt auch Frauen an ein künftiges Erwerbsleben heranzuführen, sie auf Praktika, Ausbildung und Beruf vorzubereiten.

Rund 500 Flüchtlinge hatten sich auf die 50 Plätze beworben, erinnert sich René Mühlroth vom Vorstand des Unternehmensnetzwerkes Großbeerenstraße. Das hatte das von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen geförderte Projekt initiiert. Doch nicht alle Interessierten können sich zum Mitmachen entscheiden. Schließlich: Wer in seiner Heimat bereits jahrelang als Betonbauer, Mechaniker oder Schweißer arbeitete, ist nicht unbedingt für ein unbezahltes Praktikum zu begeistern. Da erscheint ein Job, bei dem man gleich Geld verdient, und sei es als Hilfsarbeiter ohne Zeugnisse und Aufstiegschancen, manchem attraktiver.

Eine weitere Hürde: Für ein Praktikum werden Sprachkenntnisse auf dem Niveau „B 1“ verlangt. Das bedeutet: Man kann einer einfachen Unterhaltung folgen, sich beteiligen. Doch die

ausgestellten Zertifikate sagen nicht unbedingt etwas über die tatsächlichen Kenntnisse aus. René Mühlroths Sorge: Schickt man Flüchtlinge ohne ausreichende Sprachkenntnisse in die Firmen, ziehen die sich entweder aus solchen Projekten zurück oder bestehen auf höherwertigen Zertifikaten. Da müsse die Politik für klare Standards in den Sprachkursen sorgen.

Jobcenter behindern Praktika

Vielfach verhindern auch gerade die Jobcenter ein erfolgreiches Praktikum. Die teilnehmenden Flüchtlinge beziehen in der Regel Arbeitslosengeld II, müssen deshalb dem Jobcenter für „Maßnahmen“ zur Verfügung stehen. Weil das unbezahlte Arrivo-Praktikum nicht als „Maßnahme“ gilt, werden immer wieder TeilnehmerInnen in Jobcenter-Maßnahmen

Bis Ende 2017 hat die Senatsverwaltung die Förderung des Arrivo-Ringpraktikums inzwischen verlängert, 70 TeilnehmerInnen sind diesmal dabei. Und wie bei seinen vorangegangenen Projekten baut des Unternehmensnetzwerk Großbeerenstraße dabei nachhaltige Strukturen auf, die es ermöglichen, das Arrivo-Ringpraktikum auch darüber hinaus gegebenenfalls ohne staatliche Unterstützung fortzuführen. Schließlich bleibt die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt auf Jahre hinweg eine Daueraufgabe, von deren Meisterung nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch die Unternehmen profitieren.

Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Ausbaufähige Anerkennungskultur

Seit 2005 gibt es die EU-Berufsamerkennungsrichtlinie, die für alle EU-BürgerInnen mit Berufsabschluss aus einem der Mitgliedsstaaten freien Zugang zu ihrem Beruf unter den selben Voraussetzungen wie InländerInnen garantiert, 2012 wurde mit dem "Gesetz zur Verbesserung und Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen" auch die Situation von Arbeitskräften aus anderen Staaten verbessert. Mit ihm soll eine bessere Nutzung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen für den deutschen Arbeitsmarkt mit dem Ziel einer qualifikationsnahen Beschäftigung ermöglicht werden: Wer eine außerhalb der EU erworbene Berufsausbildung hat, soll innerhalb von drei Monaten überprüfen lassen können, ob diese als gleichwertig zu einer deutschen Ausbildung anerkannt wird oder nicht.

Doch dieses Gesetz greift nur für auf Bundesebene geregelte Berufe, für die Regelung der Anerkennungsverfahren von landesrechtlich geregelten Berufen wie z.B. ErzieherInnen, LehrerInnen oder IngenieurInnen sowie für die Durchführung aller Verfahren in den bundesweit etwa 400 Anerkennungsstellen sind weiterhin die Bundesländer zuständig, die daher entsprechende Landesgesetze erlassen müssen. Berlin hat dies 2014 getan, Vergleichsmaßstab für die Gleichwertigkeit ist der jeweilige in Berlin geregelte Berufsabschluss. Laut damaligem rot-schwarzem Senat ein wichtiger Schritt in der Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik und eine Stärkung der Willkommenskultur der Stadt.



KARIKATUR: FREIMUT WOESSNER

Susanna Kahlefeld, Sprecherin für Partizipation und Gleichbehandlung von MigrantInnen der grünen Abgeordnetenhausfraktion, bearbeitet dieses Thema seit langem, stellt regelmäßig Anfragen dazu und hat auch das Berliner Anerkennungsgesetz genauer unter die Lupe genommen. Ihr Fazit: Halbherzig, inkonsequent, unübersichtlich und an der Zielgruppe vorbei. Es fehlten die wesentlichen Regelungen, die wirklich qualifizierte Fachkräfte in Berlin auf den ersten Arbeitsmarkt bringen würden. Auch GeringverdienerInnen hilft dieses Gesetz kaum weiter, denn sie müssen die Kosten des Verfahrens, der

Eine offizielle Anerkennung ist oft Voraussetzung dafür, im jeweiligen Beruf arbeiten oder sich selbstständig machen zu können. Festgestellte Defizite können teilweise durch Berufserfahrung ausgeglichen werden, bei unvollständigen Papieren sind in Einzelfällen auch Qualifikationsanalysen möglich. Begleitend zum Bundesgesetz wurde das Internetportal anerkennung-in-deutschland.de eingerichtet, das über alle Schritte dieses Verfahrens informiert.

teilweise geforderten Kenntnisprüfungen und gegebenenfalls der Zeit zur Nachqualifikation alleine tragen. Und die sind schnell im vierstelligen Bereich.

Zweieinhalb Jahre nach Inkrafttreten des Berliner Gesetzes erfolgt die Anerkennung ausländischer Abschlüsse in Berlin immer noch nicht zufriedenstellend. Die Antworten auf Susanna Kahlefelds letzte Anfrage bestätigen hier die zahlreichen Berichte von Betroffenen. Während IHK und Baukammer 43 bzw. 90 Prozent der ihnen vorgelegten Abschlüsse anerkannten, beträgt die Anerkennungsquote der bei der Senatsverwaltung für Bildung selbst eingegangenen Anträge nur magere 6,3 Prozent. Und laut Statistik stammen nur 11,3 Prozent der AntragstellerInnen aus Asien, wozu auch der Nahe Osten und somit Syrien zählen. Damit drängt sich die Frage auf, was eigentlich bisher dafür getan wurde, die vielen Bürgerkriegsflüchtlinge mit Berufsabschluss in den Berliner Arbeitsmarkt zu integrieren. Hier gibt es also noch viel nachzubessern für den neuen rot-rot-grünen Senat.



ANNETTE HEPPEL

Asbest in Mietwohnungen

Unorganisierte Nichtzuständigkeit

Extrem hitzebeständig, widerstandsfähig, gut mit anderen Baustoffen mischbar, sehr langlebig, deutlich billiger als vergleichbare Materialien – "Wunderfaser" wurde Asbest lange genannt und seit den 1820er Jahren verstärkt in verschiedensten Bereichen wie Schiffsbau, Wärmedämmung, Arbeitsschutzkleidung und Bauindustrie, aber auch in Zahnpasta oder Getränkefiltern eingesetzt. Bis die Gesundheitsgefahren bekannt wurden: Das Einatmen von Asbestfasern, freigesetzt durch Abrieb oder natürliche Verwitterung, kann schon bei geringer Belastung Asbestose, eine Form der Staublung, und Lungenkrebs auslösen. Seit 1970 gilt Asbest offiziell als krebserregend, seit 2005 ist es in der gesamten EU verboten.

Doch damit ist die Gefahr nicht beseitigt: Nach Experteneinschätzung wurde Asbest in den 1960er und 70er Jahren in nahezu allen Baustoffen verarbeitet, die Gebäude aus dieser Zeit müssen nun aufwendig saniert werden. Auch in Berlin gibt es in vielen öffentlichen Gebäuden und Mietshäusern noch Asbest, z.B. in der Weißen Siedlung in Neukölln, die in den 1970ern als sozialer Wohnungsbau entstand. Der Mietspiegel weist die gesamte Siedlung als einfache Wohnlage aus, Wohnungen und Gebäude haben erheblichen Sanierungsbedarf. Hier leben ca. 4000 Menschen in knapp 1700 Wohnungen, davon 27 Prozent Kinder und Jugendliche. Die Arbeitslo-

sigkeit ist etwa doppelt so hoch wie im Berliner Durchschnitt, über die Hälfte der BewohnerInnen bezieht Transferleistungen, ein Großteil hat einen Migrationshintergrund, viele haben keine oder nur niedrige Schulabschlüsse oder Berufsausbildungen – die Weiße Siedlung gilt als Problemkiez. Das zuständige Quartiersmanagement versucht, die BewohnerInnen zu informieren, doch das Problembewusstsein in Sachen Asbestgefahr ist nur gering.

Gefährliche Regelungslücke

Laut Zuständigkeitskatalog der Berliner Verwaltungen gibt es zwölf verschiedene Behörden, die für Fragen zur Asbestbeseitigung zuständig sind, z.B. für ArbeitnehmerInnenschutz vor Gesundheitsgefahren auf Baustellen. Doch nirgends ist geregelt, welche Behörde für die Beseitigung von Asbest in Mietwohnungen verantwortlich ist. Eigentlich müssten die Wohnungen gesperrt und fachmännisch saniert, die BewohnerInnen woanders untergebracht werden. Doch niemand fühlt sich zuständig. Die Wohnungsaufsicht beruft sich darauf, dass sie nur einschreiten könne, wenn ein Nachweis der Gesundheitsgefährdung durch Analysen von Fachlaboren vorliege und die gebe es nicht. Und der bisherige Baustadtrat Neuköllns



Andreas Otto, bau- und wohnungspolitischer Sprecher unserer AGH-Fraktion, kümmert sich seit Jahren um das Problem der schleppten Asbestbeseitigung in Berlin und hat dazu auch eine Reihe von Anfragen an den Senat gestellt (abruflar.otto-direkt.de/themen/asbest). Unterstützt wird er dabei in Zukunft vom neuen Neuköllner Abgeordneten Georg Kössler (georg-koessler.de), in dessen Wahlkreis die Weiße Siedlung liegt.

verwies auf Anfrage darauf, dass es ja keine Sanierungspflicht gebe. Doch die Mehrheit der BewohnerInnen hat nicht die finanziellen Mittel, diese notwendigen Fachanalysen privat zu bezahlen. Hausflure und freierwerdende Wohnungen werden saniert, darüber hinaus geschieht nur wenig.

Hinzu kommt, dass die Weiße Siedlung vor kurzem an einen luxemburgischen Immobilienfonds verkauft wurde. Es ist unklar, wie dieser mit dem Problem umgehen will oder was er überhaupt mit der Siedlung vor hat: Ende des Jahres fällt die Belegungsbindung weg und die Wohnungen können auf dem freien Markt angeboten werden. Währenddessen leben Tausende weiterhin täglich mit der hohen Krebsgefährdung in ihrem direkten Umfeld, weil sich niemand zuständig fühlt und sie sich den Schutz davor nicht selbst leisten können.

Vorreiter einer Neuen Filmförderpolitik

Berlin gehört zu den wichtigsten Film- und Fernsehmetropolen der Welt. In der Innenstadt stolpert man alle Nase lang über die in langen Reihen geparkten Lastwagen von Filmproduktionen. Und in Kino und TV ist Berlin eine häufig zu sehende „location“. Folgerichtig sind die vorhergesagten Wachstum- und Wertschöpfungsprognosen für „audiovisuellen Content“ enorm.



FOTO: FLICKR/JINHO JUNG – CC BY-SA 2.0

Für Berlin muss es darum gehen, einen bedeutenden Anteil der Wertschöpfung für das Land nutzen zu können. Allerdings: Die Strukturen des Berliner Film- und Fernsehmarkts sowie die öffentliche Filmförderung halten mit den rasanten technischen und gesellschaftlichen Veränderungen nicht Schritt. So leben Berliner Filmschaffende trotz großer Gesamtumsätze der Filmbranche überwiegend prekär und haben oft keine Möglichkeit, Vermögen und Alterssicherung aufzubauen.

Diesen Widerspruch – wachsende Filmindustrie auf der einen, prekäre Arbeitsbedingungen auf der anderen Seite – dürfen wir nicht hinnehmen. Dabei wird es im Wesentlichen auf die Frage der Verwertung der kreativen

Leistung der meist freiberuflich Tätigen ankommen. Meist erhalten sie nur einmal Honorar, auch wenn der Film, die TV-Serie oder das Internet-Video den Rechteinhabern jahrelang Geld bringt.

Für den Aufbau langfristiger Verwertung haben sich genossenschaftliche Modelle bewährt. Wir wollen den Zusammenschluss von Filmschaffenden und Kreativen in genossenschaftlichen Verwertungspools fördern und unterstützen. Genossenschaftliche Zusammenschlüsse sollten für die öffentliche Filmförderung zumindest förderfähig, besser noch besonders förderungswürdig sein. Gemeinsame Produktionsstrukturen und gemeinsamer Immobilienerwerb bzw. -sanie- rung als weiteren Grundstein ge-

meinschaftlichen Vermögens sollten ebenfalls gefördert werden.

Mindestens tarifgerechte Entlohnung aller Gewerke und Einhaltung der Tarifvereinbarungen müssen Bedingung für den Erhalt von Filmfördermitteln sein. Das Medienboard, das die Fördergelder vergibt, sollte künftig die Einhaltung der Tarifvereinbarungen kontrollieren.

Neues Förderinstrument: Free Film

Die Filmförderung in Berlin und Brandenburg braucht neue Ideen. Weder die Vergabe der Fördergelder durch eine Jury, noch die alleinige Entscheidung einer Intendantin, eines Intendanten sind der Weisheit letzter Schluss. Experimentelle künstlerische Formate besonders innovativer Filmemacher haben meist geringe Chancen auf Förderung. Wir schlagen vor, einen zweijährigen Versuch zu starten, bei dem ein begrenztes Fördervolumen unter den AntragstellerInnen verlost wird. Das mag auf den ersten Blick verrückt klingen, kann aber dazu führen, wirklich Neues hervorzubringen statt mehr vom Alten. Voraussetzung ist selbstverständlich, dass sorgfältig geprüft wird, ob die eingereichten Projekte eine realistische und plausible Grundlage haben. Inhalt und möglicher finanzieller Erfolg der Projekte spielen aber für eine Förderzusage keine Rolle. Nach Abschluss der Versuchsphase sollte nach einer Evaluation das weitere Vorgehen geprüft werden.

Filmwirtschaft in der Hauptstadtregion

Berlin-Brandenburg steht mit über 2.000 Film- und TV-Unternehmen und einem Umsatz von rund 900 Millionen Euro an der Spitze der Film- und Fernsehstandorte in Deutschland. Über 300 Filme pro Jahr entstehen in der Region. In der Berliner Film- und TV-Wirtschaft sind rund 37.100 Erwerbstätige (feste Beschäftigungsverhältnisse und „FreiberuflerInnen/Selbständige“) beschäftigt.

Grüne Initiative für eine neue Filmförderpolitik: gruenlink.de/1arw

(Quelle: www.businesslocationcenter.de)



15 Jahre Mauerstreifzüge

Wo genau stand eigentlich die Mauer?

Die Telefone standen nicht still. Wir befinden uns im Jahr 2001 und in der Geschäftsstelle der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus herrscht Hochbetrieb. Grund: Tags zuvor hat Michael Cramer, damals verkehrspolitischer Sprecher der Abgeordnetenhausfraktion, die Broschüre „Berliner Mauerstreifzüge“ vorgestellt. Darin wurde erstmals detailliert beschrieben, wo die Mauer rund um West-Berlin eigentlich genau verlief. Die Presseberichte führten zu reichlich Stress in der Geschäftsstelle der Fraktion, die mit Bestellungen der kostenlosen Broschüre überschwemmt wurde. Damals ging alles noch per Telefon und Post, E-Mail und Download waren für die Meisten noch Zukunftsmusik.

Die große Nachfrage nach der Fraktionsbroschüre zeigte, dass sich zwölf Jahre nach dem Fall der Mauer viele fragten: „Wo genau stand eigentlich die Mauer?“ Den 40. Jahrestag des Mauerbaus im Jahr 2001 nahmen Bündnis 90/

Die Grünen im Abgeordnetenhaus dann zum Anlass, die Initiative für den „Berliner Mauerweg“ zu starten. Einstimmig folgte das Abgeordnetenhaus dem grünen Antrag für den Mauerweg, auch die Mauerreste unter Denkmal-

schutz zu stellen und für Chris Gueffroy, den letzten „Mauertoten“, eine Erinnerungsstele zu errichten. Chris Gueffroy wurde am 05. Februar 1989 an der Berliner Mauer erschossen. „Meine innerlich bewegendste Rede im Abge-



ordnetenhaus war die Begründung unseres Antrages für dieses Mahnmal, weil oben auf der Tribüne seine Mutter und sein Bruder diese Debatte verfolgten“, erinnert sich Michael Cramer.

Was mit der Broschüre der Grünen im Abgeordnetenhaus begann, ist heute eine mit Finanzmitteln des Landes, des Bundes und der Europäischen Union fahrradfreundlich ausgebaut und ausgeschilderte Route. Auf der 160 Kilometer langen Strecke wurden die Eisenbahntrassen in Lichterfelde untertunnelt und viele sandige Schiebestrecken beseitigt. Entlang der Ufer von Griebnitz- und Groß Glienicker See verhindern leider einige Grundstücksbesitzer – noch – die öffentliche Nutzung des Uferwegs. Auch Ben Wagins „Parlament der Bäume gegen Krieg und Gewalt“ mit

den einzigen Mauerresten im Regierungsviertel steht noch immer nicht unter Denkmalschutz.

Entstanden ist eine Touristenattraktion, geblieben sind die von Michael Cramer geführten Radtouren entlang der ehemaligen Mauer. Acht Etappen, acht Samstage, jeden Sommer. Die Mauerstreifzüge finden seit 15 Jahren statt und jedes Jahr beteiligen sich etwa 1000 Menschen. „Der älteste Teilnehmer bisher war 84 Jahre alt, die jüngste fünf und der jüngste minus drei Wochen“, erzählt Cramer nicht ohne Stolz.

Der Mauer-Radweg trägt dazu bei, die Erinnerung an die brutale Teilung Berlins im wahrsten Sinne des Wortes erfahrbar zu machen. Er ist außerdem das Vorbild für den 10.000 Kilometer langen „Europa Radweg Eiserner

Vorhang“. Das Europäische Parlament hatte 2005 beschlossen – ebenfalls auf Antrag der Grünen – einen Rad- und Wanderweg entlang der Westgrenze der früheren Warschauer Pakt-Staaten von der Barentssee zum Schwarzen Meer zu schaffen. Er führt durch 20 Länder, von denen heute 15 Mitgliedstaaten der EU sind. Auch bei diesem Projekt stand Michael Cramer, der heute für Bündnis 90/Die Grünen im Europaparlament sitzt, Pate. Cramer: „So furchtbar die Spaltung von Berlin durch die Mauer und die von Europa durch den Eisernen Vorhang auch war – so wunderbar war deren Fall durch die Friedlichen Revolutionen in Ostmitteleuropa. Es waren die Menschen – allen voran die Solidarność in Polen –, die die Welt verändert haben. Das dürfen wir niemals vergessen“.

MATTHIAS TANG



Mauerstreifzüge 2017:
Alle Infos unter
gruene-fraktion-berlin.de



LAG QueerGrün

Queere Rechte sind Menschenrechte

Die Menschenrechtsslage für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans, Inter*- und queere Menschen (LSBTIQ) in der Türkei hat sich in den letzten Jahren massiv verschlechtert. Gab es Mitte der 2000er Jahre durch den Annäherungskurs an die EU noch große Hoffnungen der queeren Community auf stärkere gesellschaftliche Akzeptanz und Abbau von Diskriminierung, so haben sich diese spätestens seit 2011 zerschlagen.*

Davon berichtete im Oktober eine Delegation von queeren Aktivist*innen der KAOS GL, eine der ältesten queeren NGOs in der Türkei mit Sitz in Ankara, die auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung nach Berlin gekommen waren. Im Gespräch mit Özcan Mutlu, Thomas Birk und Sebastian Walter beklagten sie die systematischen Menschenrechtsverstöße unter der Regierung des Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan – und zwar bereits vor dem Putschversuch vom 15. Juli.

Im Juni wurde zuerst der TransPride in Istanbul verboten und mit Gummigeschossen und Tränengas niedergeschlagen. Zu massiver Polizeigewalt kam es kurz darauf auch beim Istanbul CSD. Zur Unterstützung waren grüne Politiker*innen wie Volker Beck und Terry Reintke vor Ort, die von

türkischen Sicherheitskräften festgesetzt wurden. Im August misshandelten und ermordeten Unbekannte die türkische Trans*-Aktivistin Hande Kadar. Wenige Wochen zuvor war bereits in Istanbul die Leiche eines geköpften schwulen Flüchtlings aus Syrien gefunden worden, dem ebenfalls auf sadistische Weise Gewalt angetan wurde. Im November wurde wiederum bekannt, dass der türkische LSBTIQ-Aktivist, Anwalt und HDP-Funktionär Levent Pişkin inhaftiert wurde.

Die Landesarbeitsgemeinschaft QueerGrün hat sich im Sommer an den Protesten vor der türkischen Botschaft beteiligt, um mit der queeren Community in der Türkei solidarisch zu sein und die Forderungen von KAOS GL und anderen NGOs zu unterstützen: Der türkische Staat

muss LSBTIQ endlich umfassend vor Gewalt, Hass und Diskriminierung schützen und ihre grundlegenden Rechte sichern.

Berlin trägt dabei eine besondere Verantwortung: Seit 1989 gibt es eine Städtepartnerschaft mit Istanbul. Hier muss ein kritischer Dialog möglich sein. Wir Grünen wollen daher, dass die neue Koalition das Städtetzwerk nutzt, um sich auch international für die Rechte von LSBTIQ einzusetzen und zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken. Denn bei den Aktivist*innen von KAOS GL und anderen queeren NGOs in der Türkei geht es gerade um alles: ihre Rechte, ihre Freiheit, ihr Überleben.

Weitere Informationen:
www.kaosgl.org/home.php

SEBASTIAN WALTER, LAG QUEERGRÜN

AG Agrar- und Ernährungspolitik

Politik für den Magen und die Umwelt

Wie unsere Landwirtschaft aussieht und wo unser Essen herkommt, sind urgrüne Themen – und nehmen auch in Berlin zunehmend Fahrt auf.

Berlin ist der größte Markt für Bio-Lebensmittel. Und immer mehr Berlinerinnen und Berliner legen beim Einkauf Wert darauf, dass ihr Essen aus der Region kommt, mit fairen Zutaten hergestellt ist, öko-zertifiziert ist und in Zusammensetzung und Herstellung nachvollziehbar ist. Doch wer sich das Etikett im Supermarkt genauer durchliest, kann schwer erkennen, ob das Produkt nachhaltig hergestellt wurde und findet selten Produkte aus Brandenburg. Dabei gibt es doch etwa

in Brandenburg viel Landwirtschaft. Woran liegt das also?

Immer mehr Menschen in Berlin essen außerdem außer Haus: Die Kinder in der Kita oder der Schule, Studierende in der Mensa und Erwachsene in Kantinen. Statt nach frischem und gesundem Essen riecht es hier leider häufig nach Bratfett und Würzmischung. Warum scheint es so schwierig, gesundes Essen zu günstigen Preisen in großen Mengen anzubieten? Und warum ist gleichzeitig

die Auswahl an vegan-vegetarischen Mahlzeiten und Bio-Zutaten immer noch so dürftig?

Das sind zwei der Themen, um die wir uns in der neu gegründeten AG Agrar- und Ernährungspolitik kümmern möchten. Denn bei unserem Essen geht es eben nicht nur (aber auch!) um unseren Magen, sondern auch um sauberes Wasser, mehr Tierwohl, mehr Artenvielfalt und nachhaltige Landnutzung um uns herum.

Dabei nehmen wir uns konkrete Dinge vor: Wie kann ein Berliner Projekt aussehen, das den Startschuss gibt für besseres, frischeres, saisonaleres Essen in Kitas und Kantinen in den Bezirken? Was sind die grünen Ideen für kommunale Food-Policies in der Stadt und wie lassen sich die Bedingungen für die Gründung von Food-Start-Ups in Berlin verbessern? Wie schaffen wir politische Rahmenbedingungen auch für mehr Regionales aus Brandenburg? Gleichzeitig möchten wir uns mit unserem städtischem Blick auch in die bundespolitische Debatte um die Agrar- und Ernährungswende einbringen und die Perspektive der Verbraucherinnen und Verbraucher auf die Stadt-Land-Beziehungen im Bereich Lebensmittel stark machen.

Wir treffen uns alle vier bis sechs Wochen mittwochs und freuen uns über weitere Interessierte. Kontakt: berlinagrار@gmail.com

SIBYLLE STEFAN,
DANIELA WANN



Lokale AnsprechpartnerInnen

Reinickendorf

Brunowstr. 49, 13507 Berlin
 Tel.: 8092 68 99 – Fax: 902 94 21 91
kreisverband@gruene-reinickendorf.de
www.gruene-reinickendorf.de

Pankow

Pappelallee 82, 10437 Berlin
 Tel.: 50 18 03 39
buero@gruene-pankow.de
www.gruene-pankow.de

Landesgeschäftsstelle

Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin
 Tel.: 615005-0 – Fax: 615005-99
 Mo-Do 10:00-17:00, Fr 10:00-14:00
info@gruene-berlin.de
www.gruene-berlin.de

Mitte

Malplaquetstr. 7, 13347 Berlin
 Tel.: 544 68 299
mitte@gruene-berlin.de
www.gruene-mitte.de

Lichtenberg

Münsterlandstraße 33, 10317 Berlin
 Tel.: 32 53 42 39 – Fax: 40 03 68 20
buero@gruene-lichtenberg.de
www.gruene-lichtenberg.de

Spandau

Jagowstr. 15, 13585 Berlin
 Tel.: 335 97 14 – Fax: 336 02 73
info@gruene-spandau.de
www.gruene-spandau.de

Marzahn-Hellersdorf

Alt-Biesdorf 62, 12683 Berlin
 Tel.: 5 41 40 19 – Fax: 70 24 88 95
info@gruenemarzahnhellersdorf.de
www.gruenemarzahnhellersdorf.de

Charlottenburg-Wilmersdorf

Wilmersdorfer Str. 60/61
 10627 Berlin
 Tel.: 86 42 33 00 – Fax: 3180 8128
kv@gruene-cw.de
www.gruene-cw.de

Friedrichshain-Kreuzberg

Dresdener Str. 10, 10999 Berlin
 Tel.: 6 14 31 46 – Fax: 6 14 31 42
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Steglitz-Zehlendorf

Berliner Str. 57, 14169 Berlin
 Tel.: 85 07 41 53 – Fax: 85 07 41 54
kreisverband@gruene-suedwest.de
www.gruene-suedwest.de

Tempelhof-Schöneberg

Fritz-Reuter-Str. 1
 10827 Berlin
 Tel.: 53 60 41 46
kiezbuero@gruene-ts.de
www.gruene-ts.de

Neukölln

Berthelsdorfer Str. 9, 12043 Berlin
 Tel.: 67 12 08 12 – Fax: 67 12 08 11
info@gruene-neukoelln.de
www.gruene-neukoelln.de

Treptow-Köpenick

Schnellerstr. 23, 12439 Berlin
 Tel.: 65 49 42 30
treptow-koepenick@gruene-berlin.de
www.gruene-treptow-koepenick.de

IMPRESSUM

3/2016, 38. Jg., Nr. 197

Herausgeber

Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Redaktionsanschrift

Tel.: + 49 30 61 50 05-0 (LGS),
 Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin

Auflage 5200

Redaktion

Annette Heppel, Detlef Fritz,
 Matthias Tang (V.i.S.d.P.)

Grafik & Layout

Christoph Jöns www.grafik-joens.de

Redaktionsschluss

11. November 2016

Leserbriefe bitte per Email senden an:

stachlige-argumente@gruene-berlin.de

Die einzelnen Beiträge der AutorInnen geben die Meinung der jeweiligen VerfasserInnen wieder und nicht notwendigerweise die der Redaktion.

GreenRunners: Laufgruppe #LäuftMitUns

Jeden Sonntag trifft sich die Laufgruppe der GreenRunners um 10 Uhr am großen Flaggenmast vor dem Reichstagsgebäude. Kommt vorbei und läuft mit!

Laufen verbindet – bei den GreenRunners mitlaufen heißt sich gegenseitig unterstützen, anspornen und austauschen.

Im Jahr 2013 gestartet, bleiben die GreenRunners weiterhin gemeinsam fit. Jede*r ist willkommen – egal, ob AnfängerIn oder ambitionierteR LäuferIn.

Aktuelle Informationen zu allen Läufen gibt es hier (manchmal weichen Treffpunkt und –zeit ab):

www.facebook.com/GreenRunnersBerlin



Inhaltliche AnsprechpartnerInnen

Bildung

14tägig mittwochs um 19:30 im AGH*
Stefanie Remlinger, Karsten D. Gloger
stefanie.remlinger@gruene-fraktion-berlin.de
karstendirik@web.de

Bio- und Gentechnik

jeden 3. Montag im Monat um 19:00
im Grünen Igel-Büro, Dresdener Str. 10
Eric Meyer
eric_meyer_m.sc@hotmail.de

Bündnisgrüne Christinnen

jeden 3. Donnerstag im Monat um
19:15, Kreisgeschäftsstelle Pankow,
Pappelallee 82 oder im AGH*
Alexander Barthel
lag.christinnen@gruene-berlin.de

Demokratische Rechte

14tägig montags um 19:30 im AGH*
Daniela Ehlers, Bernhard Kern
demrecht@gruene-berlin.de

Drogenpolitik

jeden 4. Mittwoch im Monat 20:00 im
Grünen Igel-Büro, Dresdener Str. 10
Jan Fährmann, Silke Kolwitz
lag.drogenpolitik@gruene-berlin.de

Energie Brandenburg Berlin

jeden 4. Mittwoch im Monat um 19:00,
Ort bitte erfragen
Marion Hasper
marion.hasper@gruene-berlin.de

Europa Berlin Brandenburg

14tägig montags um 19:00 im AGH*
Sibylle Steffan, Torben Wöckner
lag-europa@gruene-berlin.de

Frauen- und Genderpolitik

jeden 3. Mittwoch im Monat, 19:00, LGS
Julia Dittmann, Julia-Maria Sonnenburg
lag.frauen@gruene-berlin.de

Frieden & Internationales

monatlich mittwochs, 19:00, LGS
Andreas von Brandt, Julija Uzinova

Gesundheit & Soziales

Termine bitte erfragen, jeweils von
19:00 bis 21:00 im AGH*
Wolfgang Schmidt, Michael Haberkorn
wolfgang.schmidt@gruene-berlin.de
michael.haberkorn@gruene-berlin.de

Kultur

jeden 3. Mittwoch im Monat und in
unregelmäßigen Abständen „Kultur on
Tour“, Ort und Zeit bitte erfragen.
Lena Tietgen, Henry Arnold
info@lena-tietgen.de
mail@henryarnold.de

Medien

jeden 4. Mittwoch im Monat 19:30/AGH*
Uta Belkuis, Matti Seithe
uta.belkuis@gruene-berlin.de
medien@gruene-berlin.de

Migration

jeden 4. Donnerstag im Monat im AGH*
Filiz Keküllüoğlu, Frank Strobel
migration@gruene-berlin.de

Mobilität

jeden 1. Mittwoch im Monat,
Ort bitte erfragen
Annabelle Wolfsturm, Matthias Dittmer
lag-mobilitaet@gruene-berlin.de

Netzpolitik

1. oder 2. Donnerstag im Monat,
Ort und Termin siehe Webseite
Thomas Künstler, Svea Balzer
netzpolitik@gruene-berlin.de

Planen, Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung

i.d. Regel am 2. Mittwoch im Monat
um 18:00 im AGH*
Julia Gerometta, Martin Reents
lag-bauen@gruene-berlin.de

QueerGrün

jeden letzten Mittwoch im Monat
um 19:00 im Kiezbüro Tempelhof-
Schöneberg, Fritz-Reuter-Str. 1
Maria Meisterernst, Ulli Reichardt
queer@gruene-berlin.de

Säkulare Grüne

jeden ersten Mittwoch im Monat
um 19:00 im Kiezbüro Tempelhof-
Schöneberg, Fritz-Reuter-Str. 1
Jürgen Roth, Gudrun Pannier
juergenroth@t-online.de
g.pannier@pannier-schulungen.de

Umwelt

jeden 4. Montag im Monat, 19:00 im AGH*
Marion Hasper, Johanna Ferretti,
Sönke Hellberg
marion.hasper@gruene-berlin.de

Wirtschaft & Finanzen

14tägig donnerstags, 19:00 in der
Bundesgeschäftsstelle, Am Neuen Tor 1
Wolfgang Remmers, Eleonore Bausch
lag-wirtschaft@gruene-berlin.de

Wissenschaft

jeden 1. Mittwoch im Monat
um 18:30 im AGH*
Eva Marie Plonske, Michael Greiner
eva.plonske@gruene-berlin.de
michael.greiner@gruene-berlin.de

Grüne Jugend Berlin

jeden Montag ab 19:00 in der
Dirschauer Str. 13 in Friedrichshain
Emma Sammet, Patrick Grünhag
info@gruene-jugend-berlin.de
www.gj-berlin.de

AG Aktiv gegen Rechts

jeden 3. Mittwoch im Monat
um 19:30, Ort bitte erfragen
Carola Scheibe-Köster, Daniel Gollasch
carola.scheibe-koester@gruene-neukoelln.de
daniel.gollasch@gruene-berlin.de

GewerkschaftsGrün

jeden 2. Donnerstag im Monat, 19:00
Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die
Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Str. 9
Linda Guzzetti
info@gewerkschaftsgruen-berlin.de

AK Grundsicherung/Grundeinkommen

i.d. Regel am 3. Mittwoch im Monat
um 19:00 im AGH*
Joachim Behncke
ak-grundsicherung@gruene-berlin.de

AG Sport

am 3. Donnerstag im Monat 18:00 im AGH*
Anja Schillhaneck
anja.schillhaneck@gruene-fraktion-berlin.de

AG Tierschutzpolitik

alle 2 Monate am letzten Mittwoch im
Monat um 19:00 im AGH*
Christina Söhner
christina.soechner@gmx.de

AG Verbraucherschutz

Ort und Zeit bitte erfragen
Turgut Altug
turgut.altug@gruene-fraktion-berlin.de

* Abgeordnetenhaus von Berlin,
Niederkirchner Str. 5

Termine

07.01. – 14.30 Uhr
Kalkscheune Berlin
**Urwahlforum
Berlin und
Brandenburg**

18.01.
**Vorstellung:
Ergebnis der
Urwahl** (Livestream)

18.01.
Landesausschuss
Bundesgeschäftsstelle

20.-29.01.
Messegelände Berlin
**Internationale
Grüne Woche Berlin**

21.01. – 12.00 Uhr
Potsdamer Platz
**„Agrarkonzerne –
Finger weg
von unserem
Essen!“- Demo**

27.02. - 05.03.
Station Berlin
Berlin Bicycle Week

03.02.
Festsaal des
Abgeordnetenhauses
Berlin
**Verleihung
Hatun-Sürücü-Preis**

Weitere Termine unter
[gruene.berlin/
termine](http://gruene.berlin/termine)

